

Konnte es in Zentralamerika einen Weg der Befreiung von repressiven und ausbeuterischen Regimen geben, der nicht in die Geleise der Blockkonfrontation von Ost und West mündete? In El Salvador hielten SPD und Sozialistische Internationale Anfang der 1980er Jahre eine solche progressive Alternative für möglich. Angesichts einer Bürgerkriegsdynamik, bei der ihre Partnerorganisation *Movimiento Nacional Revolucionario* (MNR) auf Seiten eines Guerillabündnisses stand, das den Aufstand gegen eine Regierung mit christdemokratischer Beteiligung wagte, zogen die Sozialdemokraten indes Kritik seitens der CDU/CSU und der USA auf sich. Bernd Rother analysiert auf einer breiten Quellenbasis das konflikthafte Setting der El Salvador-Politik und die divergierenden Handlungslogiken, die hier aufeinander trafen.

Bernd Rother

Die SPD und El Salvador 1979 bis 1985

Linke Politik im atlantischen Dreieck von Bundesrepublik, Zentralamerika und USA

I. El Salvador als Teil der Konfliktregion Zentralamerika

In den 1970er Jahren spitzten sich die politischen und sozialen Konflikte in El Salvador, Guatemala und Nicaragua zu.¹ Was die drei zentralamerikanischen Länder miteinander verband, war eine extrem ungleiche Besitzverteilung, gerade im Agrarbereich, der ihre Wirtschaften prägte, die autoritäre Herrschaft einer oligarchischen Elite aus Großgrundbesitzern und hohen Militärs, manipulierte Wahlen sowie eine enge Bindung an die USA.² In El Salvador kam das Problem der Überbevölkerung hinzu. Es war das flächenmäßig kleinste Land Zentralamerikas, lag aber

¹ Dieser Aufsatz ist im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Politik der Sozialistischen Internationale in und gegenüber Lateinamerika während der von 1976 bis 1992 dauernden Präsidentschaft von Willy Brandt entstanden. Dazu wurden Archive in Europa und in Mittelamerika konsultiert. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die Archive der Sozialistischen Internationale (SI), der SPD und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), um das Willy-Brandt-Archiv, um die Archive des Parti socialiste Frankreichs, der Labour Party Großbritanniens, des Partito Socialista Italiens, der SPÖ, des Partido Socialista Portugals, des Partido Socialista Obrero Español (PSOE) Spaniens, schließlich um Privatarhive in der Dominikanischen Republik und auf Jamaika sowie Bestände im mexikanischen Nationalarchiv. Auch Unterlagen des Auswärtigen Amts sowie des DDR-Außenministeriums wurden herangezogen. Für wichtige Parteien wie die Costa Ricas, El Salvadors oder Venezuelas war es nicht möglich, Archivbestände ausfindig zu machen. Die Sandinisten in Nicaragua reagierten nicht auf eine Anfrage. Aus den USA konnten die deklassifizierten Unterlagen zur SI der Ronald Reagan Library sowie die digitalisierten Akten der „Central Intelligence Agency“ (CIA) und der Jimmy Carter Library genutzt werden.

² Zu den Hintergründen und auch zur Frage, warum gerade diese drei Länder ein besonders hohes Konfliktpotenzial besaßen, vgl. Michael Krennerich, Wahlen und Antiregimekriege in Zentralamerika. Eine vergleichende Studie, Opladen 1996.

1980 hinsichtlich der Bevölkerungszahl mit etwa fünf Millionen Einwohnern an zweiter Stelle. Die daraus resultierende Knappheit an landwirtschaftlicher Fläche und eine Klassenstruktur, die „als eine der rigidesten [...] in ganz Lateinamerika“³ galt, waren der Nährboden für eine seit Beginn der 1970er Jahre verstärkt auftretende Opposition. Deren wichtigste Kraft war die 1960 gegründete Christdemokratische Partei (*Partido Demócrata Cristiano*, PDC), angeführt von José Napoleón Duarte. Wie im übrigen Lateinamerika präsentierte sie sich als gegen die Herrschaft der Oligarchie gerichtete Reformkraft der linken Mitte. 1972 trat sie im Bündnis mit dem seit 1965 bestehenden sozialdemokratischen *Movimiento Nacional Revolucionario* (MNR) und den Kommunisten zu den Wahlen an. Präsidentschaftskandidat war Duarte, Vizepräsident sollte Guillermo Ungo, Generalsekretär der Sozialdemokraten, werden. Zwar entfiel die Mehrheit der Stimmen auf sie, aber die Regierung fälschte das Ergebnis. Duarte wurde verhaftet und gefoltert, Ungo musste ins Exil gehen.⁴ Auch die Wahlen von 1977 verlor die Opposition, vermutlich wieder durch Wahlbetrug.⁵ Guerillabewegungen, die seit Beginn des Jahrzehnts ebenfalls gegen die bestehende Ordnung kämpften, waren wenig erfolgreich und untereinander zerstritten.⁶

Über viele Jahre hinweg erregten die innergesellschaftlichen Konflikte in Zentralamerika kein internationales Interesse.⁷ Dies änderte sich 1979. Im Juli des Jahrs siegte in Nicaragua die Befreiungsfront über die Familienherrschaft der Somozas.⁸ Die Sandinisten fühlten sich als revolutionäre Internationalisten, unterhielten enge Beziehungen zu Kuba und zur Sowjetunion und wollten Befreiungsbewegungen in der Region ebenso Unterstützung leisten, wie sie die selbst von Ländern wie Venezuela, Panama, sogar dem konservativ regierten Costa Rica und natürlich aus Kuba erhalten hatten. Fidel Castro und auch die sowjetische Führung rieten Managua zu Vorsicht; Nicaragua sei keine Insel und dürfe die USA nicht provozieren. Intern bewertete Moskau die Umwälzung in Nicaragua als ein Unterfangen mit unsicheren Zukunftsaussichten und hielt sich daher mit Hilfe zurück, zumal sie, wie die Sowjetunion selber einschätzte, eine Gegenreaktion der USA hervorrufen könnte. Indirekte Hilfsleistungen über Kuba wurden bevorzugt. Erst ab 1981 kam es zu direkten Waffenlieferungen.⁹ Das Verhalten der Sowjetunion muss auch vor dem Hintergrund des Niedergangs der Entspannungspolitik gesehen werden. Gerade die Aktivitäten der UdSSR und Kubas in der Dritten

³ William M. LeoGrande, *Our own Backyard. The United States in Central America 1977–1992*, Chapel Hill/London 1998, S. 34.

⁴ Nach einigen Monaten konnte er zurückkehren; vgl. Roberto Turcios, Guillermo Manuel Ungo, *Una vida por la democracia y la paz*, San Salvador 2012, S. 46 f.

⁵ Vgl. ebenda, S. 44 und S. 105, sowie New York Times vom 29.1.1981: „Salvadoran spreads word abroad. Back the rebels“.

⁶ Zur Entstehung vgl. Krennerich, *Wahlen*, S. 216–218 und S. 228 f.

⁷ Der sogenannte Fußballkrieg, in dem El Salvador 1969 das benachbarte Honduras angriff, war die einzige nennenswerte Ausnahme; vgl. Ryszard Kapuściński, *Der Fußballkrieg*. Berichte aus der Dritten Welt, Frankfurt a. M. 1992, S. 251–288.

⁸ Dazu ausführlich vgl. LeoGrande, *Backyard*, sowie Odd Arne Westad, *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*, Cambridge 2005, S. 339–341.

⁹ Vgl. ebenda, S. 341–344.

Welt, beginnend mit der Ausrufung der Volksrepublik und dem Beginn des Bürgerkriegs in Angola 1975, waren von den USA als Abkehr von der Détente angesehen worden, während die Sowjetunion meinte, die Entspannungspolitik bezöge sich im Wesentlichen nur auf Europa.¹⁰ Die Aufstellung der SS-20-Raketen, die Reaktion der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) darauf mit dem sogenannten Doppelbeschluss 1979, die Intervention in Afghanistan Ende desselben Jahrs und schließlich die Ausrufung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 waren weitere Faktoren, die den Ost-West-Konflikt wieder verstärkten. Zentralamerika war für die sowjetische Führung dabei allerdings nicht so wichtig, dass sie auch hier in Konflikt mit den USA treten wollte.¹¹

Die US-Regierung unter Präsident Jimmy Carter, die in Nicaragua lange auf eine Machtteilung zwischen den bisher herrschenden Kräften (mit Ausnahme von Diktator Anastasio Somoza Debayle) und den Sandinisten gesetzt hatte, ging nach dem Sieg der Befreiungsbewegung auf die neuen Machthaber zu. Sie wollte eine weitere Radikalisierung verhindern und eine Entwicklung wie auf Kuba 1959/60 vermeiden, als die USA auf eine Isolierung der neuen Regierung gesetzt und damit ungewollt Castro in Moskaus Arme getrieben hatten – so jedenfalls Carters Lehre aus den 20 Jahre zurückliegenden Ereignissen.¹²

Um nicht in El Salvador in eine Lage wie in Nicaragua zu geraten, in der es nur noch die Alternative traditionelle Oligarchie oder weit links stehende Befreiungsbewegung gab, drängten die USA Präsident General Carlos Humberto Romero zu fairen Wahlen. Als er nicht darauf einging, fühlten sich oppositionelle Militärs von Washington zum Handeln ermuntert. Am 15. Oktober 1979 fiel die vom konservativen Flügel des Militärs abhängige Regierung. Die neuen Machthaber, linksgerichtete Offiziere, installierten eine fünfköpfige Junta, in die sie neben anderen den Sozialdemokraten Ungo beriefen.¹³ Die Christdemokraten stellten sich ebenso wie die Kommunistische Partei hinter die neue Regierung.¹⁴ Die linksextremen Befreiungsbewegungen reagierten unterschiedlich auf den Umsturz: Einige setzten ihren Kampf unvermindert fort, andere waren von der Ernsthaftigkeit des Reformprogramms überzeugt.¹⁵ Die US-Regierung wie auch die Bundesregierung beurteilten „den Staatsstreich langfristig positiv. [...] Mit diesem Staatsstreich haben gemäßigte Kräfte offenbar den Versuch unternommen, den Übergang zu einer demokratischen Öffnung zu erleichtern und einem revolutionären Prozeß wie in Nicaragua zuvorzukommen.“¹⁶

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 207-287.

¹¹ Vgl. ebenda, S. 336.

¹² Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 26-32.

¹³ Vgl. ebenda, S. 36-39.

¹⁴ Archiv der Gegenwart (künftig: AdG), 23128, 31.12.1979, und Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn (künftig: AdsD), FES Hausakten, 11033, Klaus Lindenberg, Vermerk, 23.10.1979.

¹⁵ Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 40.

¹⁶ So die Bewertung des bundesrepublikanischen Botschafters: Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Meyer-Landrut, 19.10.1979, in: Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepu-

Mit dem Machtwechsel in El Salvador schien in der Region eine neue Ära anzubrechen. In drei der sechs Länder Zentralamerikas¹⁷ regierten nun linke Kräfte, von den teilweise marxistisch-leninistischen Sandinisten bis zu Panama unter Führung des nationalrevolutionären Generals Omar Torrijos. Aber die neue Regierung El Salvadors geriet schnell in Turbulenzen. Die Offiziere aus den mittleren Rängen der Armee waren politisch zu schwach, um sich mit ihren Reformplänen gegen den Widerstand der konservativen Militärs durchzusetzen. Schon im Dezember nahmen daher alle Guerilla-Gruppen den bewaffneten Kampf wieder auf.¹⁸ Am 3. Januar 1980 legten die zivilen Junta-Mitglieder die Ämter nieder.

Die USA unterstützten auch die folgende, weiter rechts stehende Junta. Die Carter-Administration sah in El Salvador weiterhin die Chance, ein Modell für eine nichtkommunistische Umgestaltung der Gesellschaft zu schaffen – auch als Alternative zu Nicaragua, dessen Revolution sich gerade in dieser Zeit radikalisierte. Das Auswärtige Amt hingegen entschied sich dafür, „nicht Partei zu ergreifen und zu einem Abbau der Polarisierung in El Salvador beizutragen. [...] Wir halten uns damit die Möglichkeit offen, später auf eine schrittweise Unterstützung der Junta überzugehen.“¹⁹ El Salvadors Christdemokraten spalteten sich: Eine große Mehrheit unter Führung von Duarte entschied, zwei Mitglieder in die neue Junta zu entsenden, woraufhin der linke Flügel im März 1980 die Partei verließ und sich der Opposition anschloss, zu der nun auch die Sozialdemokraten gehörten. Die neue Regierung brachte zwar einige Reformen auf den Weg, gleichzeitig aber steigerte sich die Gewalt rechtsradikaler Paramilitärs, hinter denen die reguläre Armee stand. Sie übertraf bei weitem alles, was unter der im Oktober 1979 gestürzten Regierung geschehen war. San Salvadors sozial engagierter Erzbischof Óscar Romero nannte dies „Reform mit Repression“.²⁰

Mit Amtsantritt von Ronald Reagan als US-Präsident im Januar 1981 änderte sich die Zentralamerika-Politik des Lands grundlegend. Für Carter lag die wesentliche Ursache der Konflikte in Zentralamerika – Willam M. LeoGrande zufolge – „in Jahrzehnten ökonomischer Ungleichheit, sozialer Ausgrenzung und politischer Diktatur. [...] Die Salvadorianische Rechte war daher ein Gegner der US-Politik.“ Problemverständnis und Lösungsansätze der Reagan-Administration seien hingegen völlig anders geartet gewesen: „Sie sah die Ursprünge des Aufstands grundsätzlich als äußere an, in einer Anstachelung durch Nicaragua, Kuba und die Sowjetunion. [...] Die Lösung war eine massive Unterstützung, um den

blik Deutschland (künftig: AAPD) 1979, bearb. von Michael Ploetz/Tim Szatkowski, Bd. 2, München 2010, Dok. 298, S. 1487-1489, hier S. 1489.

¹⁷ Das siebte Land, Britisch-Honduras, wurde erst 1981 als Belize unabhängig.

¹⁸ Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 41 f.

¹⁹ Zit. nach Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer, 19.1.1981, in: AAPD 1981, bearb. von Daniela Taschler/Matthias Peter/Judith Michel, Bd. 1, München 2012, Dok. 11, S. 61-66, hier S. 61, Fußnote 4.

²⁰ Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 42 f. und S. 50, Zitat S. 42.

Krieg zu gewinnen, und keine Bemühungen zur Reformierung der salvadorianischen Gesellschaft.“²¹

Der neue Präsident bezeichnete die Region als „Sprungbrett für kommunistische Angriffe auf die USA“. Vorrang hatte nun die Bekämpfung der linken Opposition in dem einen Land und die Zermürbung der Regierung in dem anderen. El Salvador stand auf der Prioritätenliste der neuen Regierung noch vor Nicaragua, nicht obwohl, sondern gerade weil in Managua die Macht sich bereits in den Händen von Linken befand. Ein militärisches Rollback in Nicaragua sei zu schwierig, die Gefahr eines zweiten Vietnam zu groß. Zuerst müssten die revolutionären Bewegungen in anderen Teilen Zentralamerikas gestoppt und besiegt werden.²² Was als ein innergesellschaftlicher Konflikt begonnen hatte (und dies auch weiterhin war), wurde nun von den USA zu einem Teil des Ost-West-Konflikts gemacht. Dabei ist es müßig darüber zu streiten, in welchem Maße Washingtons Falken mit ihrer Einschätzung daneben lagen; auch wenn es eine komplette Fehleinschätzung gewesen sein sollte, so war sie dennoch handlungsleitend.

II. Sozialdemokratische Nebenaußenpolitik auf globaler Ebene? Motive, Ziele und Spielräume

Spätestens seit Ende der 1950er Jahre basierte die internationale Politik der SPD auf der Prämisse guter Beziehungen zu den USA. Der Vietnam-Krieg erschütterte die Solidarität zur nordatlantischen Führungsmacht. Noch viel stärker wurde sie zehn Jahre später durch grundsätzliche Differenzen in zwei wichtigen Politikbereichen in Frage gestellt: die sicherheitspolitische Debatte, ausgelöst von der Kontroverse über die Nachrüstung, und die Reaktion auf die Erfolge linker Bewegungen in El Salvador und Nicaragua. Während die Veröffentlichungen zum ersten Themenkreis kaum noch überschaubar sind,²³ haben sich bisher fast nur Politikwissenschaftler mit dem Dissens in der Zentralamerika-Politik beschäftigt. Die meisten ihrer Publikationen stammen aus den 1980er und 1990er Jahren und sind somit ohne Zugang zu den Archiven entstanden.²⁴

²¹ William M. LeoGrande, Rezension von John A. Soares, Jr.: „Strategy, Ideology and Human Rights. Jimmy Carter Confronts the Left in Central America, 1979–1981“, in: H-Diplo Article Review; sites.fas.harvard.edu/~hpcws/LeoGrande-Soares.pdf [22.11.2017].

²² Vgl. Westad, S. 338 f., Zitat S. 338.

²³ Vgl. Jan Hansen, Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987), Berlin/Boston 2016.

²⁴ Vgl. Carlos Morales Abarzúa, La Internacional Socialista en América Latina y el Caribe, Mexiko 1981; Gregorio Selser, Presencia de la Internacional Socialista en América Latina y el Caribe, in: Jaime Labastida u. a., Centroamérica. Crisis y Política Internacional, Mexiko 1982, S. 269–312; Eusebio Mujal-León, El Socialismo Europeo y la Crisis en Centroamérica, in: Foro Internacional 24 (1983), S. 155–198; Wolf Grabendorff/Heinrich-W. Krumwiede/Jürgen Todt (Hrsg.), Political Change in Central America. Internal and External Dimensions, Boulder/London 1984; Wolf Grabendorff/Riordan Roett (Hrsg.), Lateinamerika, Westeuropa, Vereinigte Staaten. Ein atlantisches Dreieck?, Baden-Baden 1985; Eusebio Mujal-León/Hernán Gutiérrez Bermedo, Central America and the new international political order. The Eurosocialist dimension, in: International Journal 43 (1988), S. 446–472; Raquel

Die Aktivitäten der deutschen Sozialdemokraten in Zentralamerika waren Teil einer neuartigen internationalen Strategie der Partei, die im Jahr 1975 einsetzte. Nicht mehr durch das Amt des Bundeskanzlers gebunden, engagierte sich Willy Brandt als Vorsitzender der SPD zuerst zugunsten der Demokratisierungsprozesse auf der Iberischen Halbinsel und bald – noch vor seiner Wahl zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale (SI) im November 1976 – auch für gesellschaftliche Reformen in Lateinamerika und der Karibik. Gemeinsam mit Bruno Kreisky und Olof Palme, den Vorsitzenden der Schwesterparteien in Österreich und Schweden, verfolgte Brandt das Projekt einer über Europa hinaus aktiven Sozialdemokratie, die in Kooperation mit Reformkräften aus Ländern der Dritten Welt eine Alternative zum Kommunismus Moskauer Prägung und zum Kapitalismus nach der Art der USA entwickeln sollte.²⁵ Die treibenden Kräfte auf europäischer Seite suchten innerhalb eines sehr weit definierten Spektrums nach Partnern. Sie bevorzugten Gruppierungen, die in ihrer Heimat eine realistische Option auf die Übernahme der Regierung hatten, und nicht die Parteien, deren Programm am genauesten mit den Grundsätzen der SI übereinstimmte.

Man wollte nicht mit den Werten des Westens brechen, sondern sie ernster denn je nehmen. Die Erfahrungen mit der Politik der USA gegenüber der kubanischen Revolution und in Vietnam, aber auch die Reaktionen Washingtons und Moskaus auf die Vorgänge in Portugal 1974/75 hatten viele europäische Sozialdemokraten davon überzeugt, dass sie nicht den Supermächten das Feld der internationalen Politik überlassen sollten.²⁶ Auf der Iberischen Halbinsel hatten insbesondere die deutschen Sozialdemokraten erlebt, dass sie im Bündnis mit den dortigen Schwesterparteien in der Lage waren, den Gang der Geschichte zu beeinflussen. In Portugal und in Spanien war ihre Unterstützung entscheidend dafür gewesen, dass der *Partido Socialista* von Mário Soares beziehungsweise Felipe González' *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE) den zuvor organisatorisch und finanziell weit überlegenen Kommunisten entgegentreten und sie schließlich überflügeln konnten. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).²⁷ Wenn es um internationale Parteiaktivitäten ging, verfügte keine Partei außerhalb der Bundesrepublik über eine vergleichbare Einrichtung. Die

Gamus Gallego, *Una fugaz convergencia. CAP y la IS en Centroamerica*, Caracas 1990; Menno Vellinga (Hrsg.), *Social Democracy in Latin America. Prospects for Change*, Boulder 1993; Eusebio Mujal-León/Ann-Sofie Nilsson, *Die Sozialistische Internationale in den 80er Jahren. Dritte-Welt-Politik zwischen den Blöcken*, Paderborn 1995, und Fernando Pedrosa, *La otra izquierda. La socialdemocracia en América Latina*, Buenos Aires 2012.

²⁵ Vgl. Bernd Rother, Sozialdemokratischer Internationalismus. Die SI und der Nord-Süd-Konflikt, in: Ders. (Hrsg.), *Willy Brandts Außenpolitik*, Wiesbaden 2014, S. 259-334, hier S. 284. Auch Helmut Schmidt vertrat damals ähnliche Positionen; vgl. Bernd Faulenbach, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit*, Bonn 2011, S. 475.

²⁶ Vgl. Rother, *Internationalismus*, in: Ders. (Hrsg.), *Außenpolitik*, S. 275 f.

²⁷ Vgl. Bernd Rother *Der verhinderte Übergang zum Sozialismus. Die Sozialistische Partei Portugals im Zentrum der Macht (1974–1978)*, Frankfurt a. M. 1985; Antonio Muñoz Sánchez, *El amigo alemán. El SPD y el PSOE de la dictadura a la democracia*, Barcelona 2012, und Ana Mónica Fonseca, *Die Nelken brauchen jetzt Wasser! The SPD and the Portuguese Transition*

auf der Iberischen Halbinsel gesammelten Erfahrungen sollten nun auch den nach Demokratie strebenden Kräften Lateinamerikas zur Verfügung gestellt werden.²⁸

Besonders enttäuscht waren die Sozialdemokraten von den USA, deren Vorgehen in der Dritten Welt sie als Gefahr für die Legitimität und die Sicherheit der „freien Welt“ ansahen. Der langjährige Internationale Sekretär der SPD, Hans-Eberhard Dingels, schrieb 1982:

„Es muß immer wieder versucht werden, den amerikanischen Kollegen und Freunden verständlich zu machen, daß das europäische, insbesondere das sozialdemokratische Engagement für Mittelamerika nicht einem unreflektierten und verklemmten Antiamerikanismus entspringt, sondern sowohl unserem Beitrag für soziale Transformationen wie auch der Sorge, daß eine fehlgeleitete, nur auf den Ost-West-Konflikt konzentrierte amerikanische Außenpolitik der anderen Supermacht, der Sowjetunion, den Zugang in die Karibik und die mittelamerikanische Region eröffnet.“²⁹

Die Politik der Vereinigten Staaten verringerte nach Auffassung der SPD auf lange Sicht den weltweiten Einfluss des Westens. Das neue, global angelegte Engagement der Sozialdemokratie sollte sich einfügen in ein Gesamtkonzept, zu dem auch die Ost- und Europa-Politik gehörten. Brandt stellte 1976 die Verbindung zwischen der Entspannungspolitik und der Beschäftigung mit Problemen der Dritten Welt so her:

„Die Sicherheit Europas wird in zunehmendem Maße davon bestimmt, daß zu einem friedlichen Miteinander zwischen Ost und West ein weltweites Verhältnis fruchtbarer Kooperation zwischen Nord und Süd tritt. [...] Solange in vielen Regionen dieser Erde Not und Elend herrschen, bleibt die aus dem Zweiten Weltkrieg erwachsene Friedensordnung überaus brüchig.“³⁰

Mit ihrem globalen Engagement wollten die Sozialdemokraten nach eigenem Bekunden den Weltfrieden – nicht nur den zwischen Ost und West – sichern, indem innergesellschaftliche Spannungen abgebaut und der Gegensatz Nord-Süd redu-

to Democracy, in: Frank Ettrich/Dietmar Herz (Hrsg.), Willy Brandt. Politisches Handeln und Demokratisierung, Leverkusen 2015, S. 157-179.

²⁸ Am deutlichsten wurde diese Verbindung auf dem in Estoril (Portugal) vom 30.9. bis 2.10.1978 stattfindenden Kongress „Processos de Democratização na Península Ibérica e na América Latina“ (Demokratisierungsprozesse auf der Iberischen Halbinsel und in Lateinamerika), der von den portugiesischen Sozialisten ausgerichtet, aber weitgehend von der FES finanziert wurde; vgl. Rui Mateus, Contos Proibidos. Memórias de um PS desconhecido, Lissabon 1996, S. 164.

²⁹ AdSD, SPD-Parteivorstand (künftig: SPD-PV), 11093, SPD, Hans-Eberhard Dingels an Partij van de Arbeid, Niederlande (künftig: PvdA), Rob van de Water, 18.3.1982. Bei Zitaten aus deutschsprachigen Quellen wird die damalige Rechtschreibung beibehalten.

³⁰ Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Berlin, ZA 115376, Willy Brandt, Bemerkungen zur Sicherheitspolitik in Europa, Konferenz PvdA in Amsterdam, 5./6.11.1976.

ziert würden; in der Dritten Welt wollten sie sowohl reaktionären Oligarchien als auch kommunistischen Bewegungen die Stirn bieten.

Es stellt sich die Frage, ob die selbst proklamierten Motive auch die tatsächlichen waren. Eine Analyse der *Central Intelligence Agency* (CIA) von Anfang 1981 verweist auf tiefer liegende ökonomische Beweggründe:

„Die wachsende Aktivität der Regierung Schmidt in Zentralamerika gründet teilweise auf der Überzeugung, dass Instabilität in der Region dort zu einer Radikalisierung à la Castro führen könnte, die eine Gefahr für westliche ökonomische Interessen in ganz Lateinamerika darstellen würde. Zu dieser westdeutschen Position trägt eine grundlegende Besorgnis bei, dass die USA auf zivile Unruhen in El Salvador und Guatemala überreagieren könnten, was wiederum zur militärischen Intervention führen könnte.“

Die SPD glaube, „dem könne am besten durch westeuropäische Anstrengungen zur Unterstützung sozialdemokratischer Kräfte in der Region vorgebeugt werden“.³¹

Links von der Sozialdemokratie gab es – entgegen der dort verbreiteten Neigung, ökonomische Interessen hinter politischen Aktivitäten zu vermuten – Zweifel an einer wirtschaftlichen Motivation.³² Auch eher konservative Autoren folgten nicht der CIA-Einschätzung.³³ Aus guten Gründen: Die Aktivitäten der deutschen Sozialdemokraten konzentrierten sich auf Mittelamerika, also Zentralamerika plus der Karibik. Für die Bundesrepublik war die Region von untergeordneter ökonomischer Bedeutung. Vorrangig exportierte sie Agrarprodukte. Nur Jamaika verfügte mit seinen Bauxit-Vorkommen über Rohstoffe, die für die industrielle Produktion wichtig waren. Es gibt keine ökonomischen Indikatoren, die begründen könnten, warum sich Deutschlands Sozialdemokraten so intensiv der Gegend zuwandten.

Genannt werden auch biografische Motive: „Einige der westeuropäischen Parteiführer, die in den 1930er und 1940er Jahren längere Zeiten von Verfolgung und Exil erlitten hatten, fühlten eine starke moralische Verpflichtung, den zentralamerikanischen Opfern autoritärer Regierungen oder Militärdiktaturen zu helfen.“³⁴ In der Tat war das über diese Generation – zu der Brandt und Kreisky zählten – hinaus bedeutsam. Mário Soares war zuerst verbannt worden und musste dann ins Exil gehen; Felipe González arbeitete bis zum Ende der Diktatur klandestin. Mit

³¹ U.S. Declassified Documents, GALE|CK2349665833, CIA, Intelligence assessment of the attitude of West European countries toward the Salvadoran Junta Revolutionary Government, 13.1.1981; tinyurl.galegroup.com/tinyurl/4FvDy3 [24.1.2017].

³² Vgl. Menno Vellinga, *The Internationalization of Politics and Local Response. Social Democracy in Latin America*, in: Ders. (Hrsg.), *Social Democracy*, S. 3-20, hier S. 7, und Tilman Evers, *European Social Democracy in Latin America. The Early History with Emphasis on the Role of Germany*, in: Ebenda, S. 23-60, hier S. 30.

³³ Vgl. Muijal-León/Gutiérrez Bermedo, *Central America*, S. 455.

³⁴ Wolf Grabendorff, *West European Perceptions of the Crisis in Central America*, in: Ders./Krumwiede/Todt (Hrsg.), *Political Change*, S. 285-297, hier S. 290.

ihrem Aufstieg in staatliche Spitzenämter ab Mitte der 1970er Jahre konnten sie ihrerseits Verfolgten helfen. Auch für Olof Palme gab es eine lebensgeschichtliche Prägung, die sein Engagement zu verstehen hilft: Er hatte nach einem Studium in den USA in den 1950er Jahren Mexiko und Zentralamerika bereist.

Die allermeisten Untersuchungen zum Thema sehen aber geostrategische Überlegungen, wie sie bei Dingels und bei Brandt anklangen, als ausschlaggebend dafür, dass sich die SPD auf unbekanntes Terrain begab.³⁵ Einige Autoren ergänzen dies um innenpolitische und innerparteiliche Motive: Die Umschichtung der Mitgliedschaft durch den Eintritt jüngerer Aktivisten, die links vom bisherigen Mainstream der Partei standen, sei zusammengefallen mit einem verstärkten öffentlichen Interesse an Themen der Dritten Welt. Ende der 1970er Jahre kam dieser Argumentation zufolge ein dritter Faktor hinzu: Die sozialdemokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik sei in den veränderten Rahmenbedingungen „nach dem Boom“ an bisher nicht existierende Grenzen gestoßen, und es habe sich daher die Frage gestellt, welche Themen geeignet wären, die politischen Identitätsbedürfnisse aktiver Sozialdemokraten zu befriedigen. Die Antwort der Parteiführung, in Übereinstimmung mit der Basis, sei ein „Radikalismus in der Außen- und Sicherheitspolitik“ gewesen.³⁶

Im Falle der SPD trifft dieses Argument sicherlich für den linken Flügel zu, aber an der Parteibasis gab es auch andere Stimmen. Im Mai 1976 berichtete der *Spiegel* von Kritik aus SPD-Untergliederungen, der Vorsitzende kümmere sich viel zu wenig um die Partei. Ein hessischer Ortsverein klagte „über die mangelnde Bereitschaft der Parteiprominenz, in der Provinz aufzutreten. Dies sei freilich nicht verwunderlich, da sich Brandt ja auch mehr ‚als portugiesischer Außenminister‘ denn als deutscher SPD-Vorsitzender verstehe.“³⁷ Außerhalb der Partei erreichten die vielfältigen internationalen Aktivitäten Brandt kaum zum Vorteil. Zwischen 1979 und 1983 sanken laut dem Institut für Demoskopie in Allensbach seine Beliebtheitswerte auf nie zuvor oder danach verzeichnete Tiefstwerte.³⁸ Sicherlich lag dies vorrangig am allgemeinen Ansehensverlust der SPD; mit dem Gang in die Opposition verbesserten sich die Werte wieder. Aber der bei Außenministern regelmäßig zu verzeichnende Effekt, dass die Tätigkeit auf der internationalen Bühne die Reputation im Inland steigert, galt für Brandts Parteiaktivitäten nicht. Darauf musste Rücksicht genommen werden.

Wäre es nur um die Herstellung sozialdemokratischen Wohlbefindens gegangen, dann hätten die traditionellen Formen internationaler Solidarität der Arbeiterbewegung wie Petitionen, Geldsammlungen für verfolgte Genossen und die

³⁵ Vgl. Mujal-León, *Socialismo Europeo*; Grabendorff/Krumwiede/Todt (Hrsg.), *Political Change*; Grabendorff/Roett (Hrsg.), *Latinamerika*; Mujal-León/Gutiérrez Bermedo, *Central America*, und Mujal-León/Nilsson, *Sozialistische Internationale*.

³⁶ Steven Philip Kramer, *Socialist Identity, Labour and the SPD. Background to the Security Debate*, in: *SAIS Review* 7 (1987), S. 37-49, hier S. 40 und S. 49. Ähnlich argumentieren Mujal-León/Nilsson, *Sozialistische Internationale*, S. 36.

³⁷ *Spiegel* vom 31.5.1976: „Tourist des Jahres“.

³⁸ Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Edgar Piel (Hrsg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983*, Bd. 8, München u. a. 1983, S. 270-272.

Unterstützung Exilierter ausgereicht. Die von Brandt und anderen verfolgte Strategie war mehr. Ihnen schwebte eine Art *intervention by invitation* vor: Sie waren bereit, sich auf Bitten der örtlichen Partner durch Erkundungsmissionen, Wahlbeobachter und Redner, aber auch durch materielle Unterstützung befreundeter Parteien in die Innenpolitik anderer Länder einzumischen, das internationale Netzwerk der sozialdemokratischen Parteien zu deren Gunsten zu mobilisieren, ihnen einen eigenständigen Zugang zu diesen Kontakten zu gewähren sowie – wenn erforderlich – gemeinsam gegenüber Washington oder Moskau aufzutreten.

Sich gegen den Kurs der USA zu stellen, war für die westeuropäischen Sozialdemokraten kein unproblematisches Unterfangen. Die weitaus meisten dieser Parteien waren Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre Regierungsparteien oder hatten reale Aussichten, solche zu werden. Akut oder vorausschauend musste Rücksicht auf die Blocksolidarität genommen werden. Erschwert wurde dies durch die Neigung in Washington, Partei und Regierung in einen Topf zu werfen. Dort sei man „nicht in der Lage und nicht bereit [...] zu unterscheiden zwischen Haltung und Handlungen der Bundesregierung und denen einer Partei oder einer sonstigen mit der Regierung verbundenen Institution“.³⁹ SPD und Ebert-Stiftung mussten also sehr aufpassen, ob sie mit ihren Aktivitäten, die doch eigentlich unabhängig von der Bundesregierung betrieben wurden, nicht dem Bundeskanzler Probleme bereiteten und die USA oder den Koalitionspartner FDP gegen sich aufbrachten. Als im November 1980 die Berliner *taz* ihre Spendenkampagne „Waffen für El Salvador“ startete, lehnte die SPD-Führung eine Beteiligung ab, denn damit wäre eine rote Linie überschritten worden. Es war ein Unterschied, ob man Verständnis für die Anwendung von Gewalt durch Dritte in extremen Situationen zeigte oder bei der Waffenbeschaffung mitmachte. Prominente Mitglieder vom linken Parteiflügel wie Peter von Oertzen steuerten dennoch ihr Scherflein bei, „weil es politische Probleme gibt, die sich nicht anders als mit der Waffe lösen lassen“.⁴⁰

Auch ohne die Bereitstellung von Geld für den bewaffneten Kampf ging die Sozialdemokratie ein hohes Risiko ein, als sie sich in Zentralamerika an die Seite von Aufständischen stellte. Wie würde sie innenpolitisch und im NATO-Bündnis dastehen, wenn aus Nicaragua oder El Salvador ein zweites Kuba, ein kommunistischer Einparteienstaat werden würde? Die sozialdemokratischen Kräfte vor Ort waren viel zu schwach, dies zu verhindern. Der Internationale Sekretär der schwedischen Sozialdemokraten trug diese Besorgnis in aller Offenheit Castro vor. Sollte es so kommen, so Pierre Schori, wäre es für Europäer nie mehr möglich, den Kampf von Befreiungsbewegungen zu unterstützen.⁴¹

³⁹ Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer, 19.1.1981, in: AAPD 1981, Bd. 1, Dok. 11, S. 63.

⁴⁰ Spiegel vom 10.5.1982: „Unheimlich breit“. Vgl. auch die Zusammenfassung in *taz* vom 22.9.2014: „Tüten voller Dollarscheine“.

⁴¹ Vgl. Pierre Schori, *Conversaciones con el enemigo*, Montevideo 2015, S. 153.

Im Unterschied zur Nachrüstungsdebatte zerriss die neue Politik gegenüber revolutionären Kräften weder die SI noch die SPD. Nur aus Italien und Portugal gab es ab Anfang der 1980er Jahre Kritik am Nicaragua-Engagement der Internationale, aber sie wurde nicht öffentlich geäußert. Bemerkenswert ist die Konstellation in der SPD. Mit Hans-Jürgen Wischniewski übernahm einer der engsten Gefolgsleute von Helmut Schmidt die operative Umsetzung von Brandts Zentralamerika-Politik. Bei der Abstimmung auf dem SPD-Parteitag 1983 gehörte Wischniewski zu den nur 14 Delegierten, die Brandts Linie zum NATO-Doppelbeschluss nicht folgten; gegenüber der Dritten Welt aber zogen beide nun an einem Strang. Schon seit Jahrzehnten zeigte Wischniewski aktive Solidarität mit Befreiungsbewegungen. Ende der 1950er Jahre hatte Wischniewski gegen die Linie der Parteiführung die Solidarität mit der algerischen *Front de Libération Nationale* organisiert.⁴² 1971 war er der einzige führende Sozialdemokrat gewesen, der auf die Bitte der angolanischen *Movimento Popular de Libertação de Angola* um Hilfe im Kampf gegen Portugal einging.⁴³

III. Lateinamerika und die USA

Das Vorhaben von Brandt und anderen, ab Mitte der 1970er Jahre die Sozialdemokratie global aufzustellen, traf sich mit dem gleichzeitigen eigenständigen Aufbruch einiger lateinamerikanischer Regierungen nach Europa.⁴⁴ Es waren Mexikos Präsident Luis Echeverría Álvarez und Venezuelas Staatsoberhaupt Carlos Andrés Pérez, welche die Initiative ergriffen. Gemeinsam war diesen und anderen lateinamerikanischen Ländern das Streben nach mehr Unabhängigkeit von der Hegemonialmacht des Kontinents, den USA.⁴⁵ Den Auftakt für die strategische Allianz aus lateinamerikanischen Reformkräften und europäischen Sozialdemokraten bildete die Konferenz von Caracas in Mai 1976. Sie resultierte aus einer Idee der venezolanischen Regierungspartei *Acción Democrática* (AD) und brachte erstmals die führenden Politiker von 13 europäischen sozialdemokratischen Parteien und 15 lateinamerikanischen Mitte-Links-Parteien zusammen. Aus Europa waren unter anderem Brandt und Kreisky, Bettino Craxi, Felipe González sowie Mário Soares gekommen. Von lateinamerikanischer Seite nahmen neben den Gastgebern große Parteien aus Argentinien (Radikale Partei), Bolivien (*Movimiento Nacionalista Revolucionario*, MNR), Costa Rica (*Partido Liberación Nacional*, PLN), der Dominikanischen Republik (*Partido Revolucionario Democrático*, PRD), Jamaika (*People's National Party*, PNP), Kolumbien (Liberale Partei), Mexiko (*Partido Revolucionario Institucional*, PRI) und Peru (*Alianza Popular Revolucionaria Americana*, APRA) teil.⁴⁶

⁴² Vgl. Claus Leggewie, Kofferträger. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland, Berlin 1984.

⁴³ Vgl. Spiegel vom 13.11.1978: „Ein Schritt voraus“.

⁴⁴ Vgl. Felicity Williams, La Internacional Socialista y América Latina. Una visión crítica, Mexiko 1984, S. 243, sowie Gamus Gallego, Una fugaz convergencia, S. 147-150, S. 182 f. und S. 189 f.

⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 139 und S. 182 f., sowie Daniel Sargent, The Cold War and the international political economy in the 1970s, in: Cold War History 13 (2013), S. 393-425, hier S. 403.

⁴⁶ Die Unterlagen in: AdsD, Willy-Brandt-Archiv (künftig: WBA), A 19, 20A, und SPD-PV, 11934.

Auch die weiteren Kooperationen zwischen Europäern und Lateinamerikanern hatten ihren Ursprung auf dem Subkontinent: Ob 1978 in der Dominikanischen Republik,⁴⁷ in Nicaragua 1978/79 oder in El Salvador 1979, stets war es der Wunsch der Lateinamerikaner, dass die europäischen Sozialdemokraten sich an ihre Seite stellten. Auf lateinamerikanischer Seite war der Wunsch nach „Einmischung“ sogar größer als auf Seiten der Europäer, die nicht in den Ruf des Neokolonialismus oder eines Paternalismus kommen wollten. Ein Beispiel unter vielen: Als sich Brandt auf einem Treffen der SI-Spitze in Lissabon im Oktober 1979 sehr zurückhaltend zu einer „Einmischung“ der europäischen Parteien in Lateinamerika äußerte, entgegnete ihm Pérez: „Wir wünschen, daß die Parteien des Demokratischen Sozialismus Europas in Lateinamerika ‚intervenieren‘.“ Dem schlossen sich die Parteivorsitzenden José Francisco Peña Gómez (Dominikanische Republik) und Daniel Oduber (Costa Rica) an.⁴⁸

Von lateinamerikanischer Seite wurde den europäischen Sozialdemokraten ein großer Spielraum gewährt. Die USA waren in der Interaktion zwischen beiden der (meist unerbetene) Dritte, dessen Interessen und Strategien Westeuropäer wie Lateinamerikaner bei ihrer Zusammenarbeit mit ins Kalkül ziehen mussten. Weder wirtschaftlich noch geostrategisch konnten sie es sich leisten, ohne Rücksicht auf Washington zu agieren. Konflikte, wenn man sie denn riskierte, mussten wohl bedacht sein und in Grenzen gehalten werden. Sonst drohte Ungemach, auch innenpolitisch. Am stärksten galt dies für Deutschlands Sozialdemokraten, die keinesfalls in den Geruch des Antiamerikanismus geraten wollten, der sie in Wahlen entscheidende Stimmen kosten konnte. Aber auch in Lateinamerika waren Resentiments gegen die Yankees nicht allgegenwärtig. In Costa Rica beispielsweise, einem der wenigen Länder der Region mit einer starken Sozialdemokratie, war die gesamte Tagespresse USA-freundlich.

Die Reaktion der USA auf die Aktivitäten der SI fiel gemischt aus. In den ersten Jahren des Engagements deutscher Sozialdemokraten in Lateinamerika war die Rücksichtnahme auf die USA noch relativ einfach. Man befand sich in Übereinstimmung mit den Grundzügen der von Carters Menschenrechtsoffensive geprägten Außenpolitik der USA. Mit Reagan gab es keine Gemeinsamkeiten im Grundsätzlichen mehr. Die SPD akzeptierte Allianzen mit Befreiungsbewegungen, die von den USA als Handlanger Kubas und der Sowjetunion angesehen wurden. Der Konflikt führte aber nicht dazu, dass die Gesprächskontakte zwischen den Sozialdemokraten und der US-Regierung unter Reagan weniger wurden. Im Gegenteil: Das *State Department* zeigte, wie noch dargelegt wird, ein gesteigertes Interesse am direkten Meinungsaustausch und konnte der neuen Lage auch etwas Positives abgewinnen. Staatssekretär Lawrence Eagleburger ermunterte die Sozialdemokraten trotz aller Kritik an ihrer Zentralamerika-Politik, mit

⁴⁷ Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam (künftig: IISG), Socialist International (künftig: SI), 1126, Partido Revolucionario Democrático, José Francisco Peña Gómez, an Brandt, 2.11.1977.

⁴⁸ Zit. nach AdsD, WBA, A 13, 38B, Klaus Lindenberg, Lateinamerika-Gespräch Lissabon, Zusammenfassung, 29.10.1979.

den Sandinisten im Gespräch zu bleiben und auf sie einzuwirken: „Ihnen hören sie zu.“⁴⁹

Eine Gratwanderung zwischen eigenständiger internationaler Politik und Rücksichtnahme auf den wichtigsten Verbündeten des eigenen Lands war die Zentralamerika-Politik der SPD noch aus einem anderen Grunde. Parallel zu diesem Konflikt gab es den in der Frage der Nachrüstung. Dingels, Internationaler Sekretär der SPD, sah seine Partei nach dem Einzug von Reagan in das Weiße Haus in einer Zwickmühle:

„Durch die TNF-Debatte [*Theater Nuclear Forces*; Cruise Missiles und Pershing II] in der Bundesrepublik und in den benachbarten westeuropäischen Ländern wird der Spielraum für uns sowohl als Bundesregierung aber besonders als SPD im Bereich Mittelamerika gegenüber dem amerikanischen Verbündeten eingegrenzt. [...] Wenn wir zu einer Verständigung mit den USA in den eben erwähnten Bereichen [TNF] kommen wollen, werden wir sicherlich nicht in der Lage sein, eine zu starke Abwehrfront gegenüber amerikanischem Druck im Bereich Mittelamerika aufzubauen. Dies ist jedenfalls meine Befürchtung.“⁵⁰

Einen Konflikt mit der Führungsmacht des nordatlantischen Bündnisses gleich in zwei wichtigen Bereichen hielt Dingels nicht für durchhaltbar. Wer in der Nachrüstungs-Frage Bewegung auf Seiten der USA wollte, musste daher im Zentralamerika-Konflikt Entgegenkommen zeigen.

Die Parteiführung stand vor der Frage, ob sie mit ihrer Zentralamerika-Politik nicht die Bemühungen um eine Beilegung der NATO-internen Nachrüstungskontroverse erschwerte, in der die Bundesregierung den Akzent auf den Verhandlungsteil setzte, die neue Administration in Washington aber auf die Rüstungskomponente. Gleich in zwei wichtigen Fragen den Vereinigten Staaten Zugeständnisse abzurufen, war auch für die führende Regierungspartei des wichtigsten US-Verbündeten in Europa viel auf einmal. Und es war illusionär, die Republikaner davon zu überzeugen zu wollen, dass die Konflikte in Zentralamerika nichts mit dem Ost-West-Gegensatz zu tun hatten.

Die SPD entschied sich trotz der Mahnung ihres Internationalen Sekretärs dafür, an ihrer Politik festzuhalten. Intensive Kommunikation war der Weg, mit dem die Sozialdemokraten versuchten, den Konflikt mit der US-Regierung einzudämmen. Über jeden Schritt ihrer Zentralamerika-Politik hielt die Partei die Partner in Washington (oder in der Botschaft in Bonn) auf dem Laufenden, um Missverständnisse möglichst zu vermeiden.

⁴⁹ AdsD, WBA, A 13, 45, Lindenberg, Vertrauliche Aufzeichnung, Mittelamerika-Gespräche in Washington 4.–6.5.1982.

⁵⁰ AdsD, NL Hans-Jürgen Wischnewski, 618, Dingels, Vermerk für Wischnewski, 4.2.1981.

IV. El Salvador gerät in den Fokus der europäischen Sozialdemokratie

In und für Nicaragua und El Salvador engagierte sich die europäische Sozialdemokratie in besonderem Maße. Es galt zu zeigen, dass mit ihrer Hilfe oligarchische Strukturen überwunden werden konnten, ohne dass dies – wie in Kuba – in eine kommunistische Herrschaft mündete.⁵¹ Probleme gab es bei der Partnersuche. In Nicaragua fanden die Sozialdemokraten kein Gegenüber aus ihrem eigenen Lager vor: Es gab keine dem Demokratischen Sozialismus verpflichtete Partei. Auch innerhalb der sandinistischen Bewegung existierte keine politische Strömung, die originär sozialdemokratisch war. Hingegen war in El Salvador mit dem MNR eine Organisation vorhanden, die seit 1978 der SI angehörte.⁵² Aber die Partei war klein und stützte sich vorrangig auf die in der Hauptstadt lebende akademische Mittelschicht.⁵³ Die Sozialdemokraten El Salvadors wollten ihre Schwäche dadurch kompensieren, dass sie die nationalen Grenzen überwandern, „weil eine isolierte Haltung in der heutigen Welt unsinnig ist“.⁵⁴ Man hoffte durch den Anschluss an die Sozialistische Internationale auf größeres Ansehen und mehr Einfluss unter den fortschrittlichen Kräften des Lands sowie auf einen besseren Schutz für Leben und Freiheit der Parteiaktivisten. Die Hoffnung trog nicht. Bei SI-Generalsekretär Bernt Carlsson bedankte sich Parteichef Ungo kurz vor dem Umsturz vom Oktober 1979 für öffentliche Erklärungen der Solidarität. Die Gewalt gegen Oppositionelle sei infolgedessen etwas zurückgegangen; der Regierung sei klar, dass das Land nun unter Beobachtung stehe.⁵⁵ Internationale Kontakte zu ermöglichen, um ihre Anliegen vorbringen zu können – das war eine der wichtigsten Funktionen, welche die SI für ihre Mitglieder erfüllte. Auch in anderer Hinsicht zahlten sich die neuen Verbindungen aus: Die FES half bei der Ausstattung des Büros und bei der Bildungsarbeit der Partei.⁵⁶

Als im Oktober 1979 der MNR in die Regierung eintrat, mobilisierte die Partei ihr Netzwerk erneut. Telegramme gingen an andere SI-Mitgliedsparteien, in denen um Beistand für die Junta durch Erklärungen international bekannter Parteiführer wie Brandt, Kreisky, Palme und Soares ersucht wurde. Ausdrücklich ermunterte Ungo seine ausländischen Genossen, sich zu engagieren: „Die Sozialistische Internationale und ihre Mitgliedsparteien haben hier eine Rolle auszufüllen. Die Erwartungen der Menschen in Lateinamerika und der Dritten

⁵¹ Vgl. Artikel des Präsidenten der SI, Brandt, in „Socialist Affairs“, November/Dezember 1979, in: Willy Brandt, Berliner Ausgabe (künftig: BA), Bd. 8: Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, bearb. von Bernd Rother/Wolfgang Schmidt, Bonn 2006, Dok. 37, S. 280-287.

⁵² Vgl. Turcios, Guillermo Manuel Ungo, S. 105.

⁵³ AdsD, FES-Hausakten, 11023, Dr. Heinrich-W. Krumwiede, Gutachten über Förderungsmaßnahmen für Parteien sozialdemokratischer Tendenz in Zentralamerika und der Karibik, Teil I: Zentralamerika: Guatemala, El Salvador, Honduras, Januar 1979.

⁵⁴ AdsD, WBA, A 13, 4, Movimiento Nacional Revolucionario El Salvador (künftig: MNR), Hector Ouelí, an SPD, Dingels, 7.7.1977.

⁵⁵ IISG, SI, 1155, MNR, Guillermo Ungo, an SI, Bernt Carlsson, 14./15.9.1977.

⁵⁶ AdsD, SPD-PV, 12060, MNR, Ouelí, an SPD, Wilhelm Dröschner, 20.7.1977.

Welt erfordern das.“⁵⁷ Auch der MNR selbst benötigte angesichts der neuen Aufgaben verstärkte Unterstützung. Die Internationale vermittelte kurzfristig Hilfe für den MNR aus dem Solidaritätsfond der dänischen Arbeiterbewegung.⁵⁸

Anfang Januar 1980 verließen die Sozialdemokraten die Junta, die daraufhin neu zusammengesetzt wurde und linke Reformkräfte nicht mehr einschloss. Der MNR und seine Unterstützer hatten mit der Möglichkeit einer derartigen Entwicklung gerechnet. Die FES hielt für Ungo und den Internationalen Sekretär der Partei, Hector Oquelí, Flugtickets nach Costa Rica bereit. Zwei Tage nach dem Rücktritt konnten sie auf diesem Weg das Land verlassen, um sich vor Repressalien zu schützen. Im Zielland wartete ein „Exil-Stipendium“ der Ebert-Stiftung auf sie.⁵⁹ Bereits kurz danach konnte der MNR mit einer Tagung im FES-Bildungszentrum La Catalina in Costa Rica an die Öffentlichkeit treten. Die Teilnehmer riefen zu internationalen Protesten gegen die politische Verfolgung in El Salvador auf.⁶⁰ Ohne die Einbindung des MNR in das sozialdemokratische Netzwerk wäre die Zusammenkunft nicht möglich gewesen. Die Verbindung zur SI wurde von der Partei auch in anderer Hinsicht genutzt: Mitte Februar erbat der noch in San Salvador verbliebene Teil der Parteiführung von der Internationale die Adressen von Nachrichtenagenturen, europäischen Solidaritätskomitees sowie Menschenrechtsorganisationen.⁶¹ Weltweit gestreute Informationen sollten die weitere Arbeit im Land absichern. Die in El Salvador erscheinende Zeitschrift *Estudios Centroamericanos* konstatierte im Juni 1980, dass im Land selbst die demokratischen Kräfte gegenüber den Extremen auf der Rechten und auf der Linken zwar schwach seien, der Beistand aus dem Ausland sie aber stark mache, und dieser erfolge im Wesentlichen über den MNR.⁶²

Die Morde an Generalstaatsanwalt Mario Zamora im Februar und an Erzbischof Romero Ende März 1980, jeweils durch rechte Todesschwadronen, führten linke Christdemokraten und die Sozialdemokraten in ein Bündnis, aus dem bald darauf der *Frente Democrático Revolucionario* (FDR) entstand, zu dem auch die Kommunisten stießen. Am 1. Juli 1980 beschloss die MNR-Führung ein programmatisches Dokument, in dem sie für die Einheit aller revolutionären Organisationen eintrat; konkret bedeutete dies die Zusammenarbeit mit der Guerilla. Innerhalb des FDR garantierte der MNR auf nationaler und internationaler Ebene, dass El Salvador kein neues Kuba und auch kein neues Nicaragua werde.⁶³ Auch wenn

⁵⁷ Bruno Kreisky Archiv Wien, IX.27, SI, 17, „Übersetzung eines Telegramms“ aus El Salvador, 22.10.1979.

⁵⁸ IISG, SI, 1155, SI, Carlsson, an Landesorganisationen Dänemark, Akjaer, 30.11.1979.

⁵⁹ AdsD, FES-Hausakten, 12699, Hermann Benzing/Wolfgang Heinrich Fischer an FES Bonn, 3.1.1980, und Centro de Estudios Democráticos de América Latina (künftig: CEDAL), San José, Costa Rica, 1. Halbjahresbericht 1980, 25.8.1980.

⁶⁰ IISG, SI, 1156, MNR/CEDAL/FES, Conferencia Internacional sobre „El Proceso de democratización en América Latina. El Caso de El Salvador“, 30.1.–2.2.1980. Vgl. auch Turcios, Guillermo Manuel Ungo, S. 190. Die Tagung hatte in El Salvador stattfinden sollen, wurde aber nach dem Rückzug des MNR aus der Regierung verlegt.

⁶¹ IISG, SI, 1156, MNR, an Hector [Oquelí], 17.2.1980.

⁶² Vgl. Turcios, Guillermo Manuel Ungo, S. 215 f.

⁶³ Vgl. ebenda, S. 212 f.

sich El Salvadors Sozialdemokraten als die mäßigende Kraft im neuen Bündnis darstellten, kämpften sie doch ab jetzt an der Seite der marxistisch-leninistischen Befreiungsbewegungen gegen eine Regierung, an der die Christdemokraten beteiligt waren. Dass diese Bündnispolitik Rückwirkungen auf die Innenpolitik der Bundesrepublik haben und die Beziehungen der Partei des Kanzlers zu Washington belasten würde, war abzusehen.

V. Antiamerikanismus?

Bereits im März 1980 waren von der US-Regierung erste Befürchtungen gegenüber der El Salvador-Politik der SI gekommen. Noch waren es eher vage Hinweise, die auszuräumen nicht schwer fiel. Der Internationale Sekretär der SPD berichtete an seinen Parteivorsitzenden:

„Meine amerikanischen Botschaftskontakte haben mir eine gewisse Beunruhigung des amerikanischen Außenministeriums signalisiert über jüngste Erklärungen der SI zur Lage in El Salvador. Ich habe in einigen Gesprächen darauf hingewiesen, daß die sozialdemokratischen Parteien die Ermordung von Parteifreunden dort nicht hinnehmen können, ohne sich in aller Deutlichkeit zu äußern.“⁶⁴

Die Beschlüsse der SI-Regionalkonferenz für Lateinamerika, die vom 26. bis 28. März 1980 in der Dominikanischen Republik zusammentrat und an der auch Brandt als Präsident der Internationale teilnahm, verschärften die Spannungen mit den USA. Die Teilnehmer bekannten sich zum bewaffneten Kampf gegen repressive Diktaturen in der Region.⁶⁵ Beobachter nahmen die Beschlüsse als Linkswende in der Lateinamerika-Politik der SI wahr.⁶⁶ Prompt wurden die diplomatischen Vertretungen der USA in mehreren Ländern mit Non-Papers bei führenden Sozialdemokraten vorstellig, so auch bei Brandt.⁶⁷ Das größte Problem für Washington war die Unterstützung der SI für die Loslösung Puerto Ricos von den Vereinigten Staaten. Hinsichtlich El Salvadors kritisierten die USA, dass der sozialdemokratische MNR der extremen Linken durch das Bündnis Respektabilität verschaffe. Von SI, SPD und FES – die von den USA als eine Einheit angesehen wurden – erwartete man, für eine Verständigung zwischen der gemäßigten Lin-

⁶⁴ AdsD, SPD-PV, Internationale Abteilung, o. Sign., Ordner „Lateinamerika- und Karibikkomitee, Konferenz San Domingo“, Dingels, Vermerk für Brandt, 20.3.1980.

⁶⁵ Die Resolutionen sind abgedruckt in der ersten Ausgabe der „América Socialista“ von 1980, dem Organ des SFLateinamerikakomitees.

⁶⁶ Fondation Jean Jaurès Paris (künftig: FJJ), 60 RI (WB), 181, Pierre Schori, En el ojo de la tormenta. Conversaciones sobre la inminente revolución en América Central, Mai 1980, und IISG, SI, 1156, Arbejderbevægelsens Solidaritetsfond, Kopenhagen, an SI, Carlsson, 22.4.1980.

⁶⁷ Vgl. Wolfgang Lutterbach, Costa Ricas Grenzen der Autonomie. Zur Außenpolitik eines Kleinstaates in Mittelamerika, Saarbrücken 1989, S. 198, und Spiegel vom 4.8.1980: „Die Zeit des Gleichschritts ist vorüber“.

ken und der gemäßigten Rechten, sprich zwischen Sozial- und Christdemokraten El Salvadors, einzutreten. Dabei hatte Washington keine Konfrontation mit der SI im Sinn. Vielmehr zielte man auf eine Mäßigung ihrer Stellungnahmen, um künftig gemeinsam auftreten zu können. Die Regierung Carter war sich der schwachen Position der USA in Lateinamerika wohl bewusst: „Die Europäer stoßen gewöhnlich auf weniger Voreingenommenheit und können sich schneller Positionen erarbeiten, in denen ihre Vorschläge und ihr Rat akzeptiert und geschätzt werden. Da das Problem uns alle betrifft, ist es äußerst wichtig, dass wir zusammenarbeiten, um Wege zu seiner Lösung zu finden.“⁶⁸ Um den Konflikt der SI mit den USA zu entschärfen, empfahl Brandt Ungo bei einem Treffen in Bonn Ende Juni 1980, in Washington auf der höchst möglichen Ebene Gespräche zu führen. Zugleich sicherte er dem MNR verstärkte materielle Unterstützung zu. Ungo erbat die Hilfe der SPD bei der Anbahnung der empfohlenen Kontakte; auch die mexikanische Regierung habe er um Vermittlung von Gesprächspartnern in Washington ersucht.⁶⁹ Mexiko und die SPD – für Ungo spielten sie in einer Liga. In der Tat wurde er im Juli 1980 in Washington von Vertretern der Carter-Administration empfangen.⁷⁰

Als Kai-Uwe von Hassel, einer der Protagonisten des rechten CDU-Flügels und Vizepräsident der Christlich Demokratische Weltunion, das Thema El Salvador Mitte Juni 1980 in die bundesdeutsche Debatte einführte und dabei ähnliche Argumente wie die US-Regierung verwandte,⁷¹ wurde ihr Zentralamerika-Engagement für die SPD auch zu einem innenpolitischen Problem, zumal am 5. Oktober 1980 Bundestagswahlen anstanden. Auch wenn die Erfolgsaussichten des Unionskandidaten Franz Josef Strauß nicht überwältigend waren, musste die Regierungspartei doch jeden Anschein von Dissens mit den USA vermeiden. Antiamerikanismus war ein gefährlicher Vorwurf, selbst für einen gestandenen Atlantiker wie Schmidt. Karsten Voigt, aufstrebender Außenpolitiker in der SPD-Bundestagsfraktion, berichtete Ende Juni 1980, im Nationalen Sicherheitsrat der USA halte man die Politik von SI und FES für „schädlich und kontraproduktiv“.⁷²

Für die SPD war nun vordringlich, Vorwürfen mangelnder Loyalität gegenüber dem Hauptverbündeten der Bundesrepublik entgegenzutreten. Gute Argumente waren erforderlich, um dem deutschen Publikum zu erklären, warum man in El Salvador den Kampf gegen eine christdemokratische Regierung unterstützte, hinter der die USA standen. Im Erich-Ollenhauer-Haus wurde eine Begründung erarbeitet, der zufolge die USA die Lage in Zentralamerika falsch einschätzten und die Strategie von SPD und SI dazu diene, ein zweites Kuba zu verhindern. Von Washington forderte man eine größere Gesprächsbereitschaft gegenüber dem MNR.⁷³ Brandts Lateinamerika-Fachmann, Klaus Lindenberg, nutzte die Feiern

⁶⁸ AdsD, 1/HEAA 000442, The Socialist International, the Ebert Stiftung, and Central America.

⁶⁹ Ebenda, Lindenberg an Brandt, 24.6.1980.

⁷⁰ Vgl. Turcios, Guillermo Manuel Ungo, S. 215 f.

⁷¹ Bundespresseamt (künftig: BPA), CDU-Pressemitteilung, 13.6.1980.

⁷² AdsD, SPD-PV, 10771, Karsten Voigt, Vermerk für Brandt u. a., 25.6.1980.

⁷³ Ebenda, Dingels, Vermerk zur Sitzung des Sechserkreises, 3.7.1980, und Protokoll der Sitzung, 3.7.1980.

zum Jahrestag der sandinistischen Revolution am 19. Juli 1980, um in Managua mit Castro und anderen über El Salvador zu reden. Der Kubaner sprach sich – wie zu erwarten – dafür aus, den FDR zu unterstützen. Lobend hob er hervor: „Zum ersten Mal würden revolutionäre und sozialdemokratische Kräfte zusammenarbeiten. Er wertete das Engagement insbesondere der schwedischen und der deutschen Sozialdemokraten in El Salvador als ermutigend.“⁷⁴ Gerade dieses Engagement war für die USA-Politik der SPD problematisch. Entweder Lob von Castro oder Lob aus Washington – nur eines davon war möglich.

Ende Juli 1980 reiste Wischnewski in die Vereinigten Staaten. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende war bis dahin nur als Nordafrika- und Nahost-Experte der SPD aufgetreten. Zu Lateinamerika hatte er keine engeren Beziehungen und sprach auch nicht Spanisch. Aber er war in internationalen Fragen erfahren, genoss das Vertrauen von Schmidt und von Brandt und verfügte über großes Verhandlungsgeschick. „Im wesentlichen“ ging es ihm darum, „die unterschiedlichen Sichtweisen der Mittelamerika-Problematik nicht zu einem Wahlkampfthema in der Bundesrepublik werden zu lassen“.⁷⁵ In Washington war ihm aber nicht viel Erfolg beschieden. Seine amerikanischen Gesprächspartner, unter ihnen Außenminister Edmund Muskie und Verteidigungsminister Harold Brown, forderten den Bruch des MNR mit der Guerilla.⁷⁶ Wischnewski betonte mehrfach, bisher beruhe die Beurteilung der Lage durch die SPD auf Erkenntnissen von lateinamerikanischer Seite; man werde sich nun um eigene Einschätzungen bemühen.⁷⁷ Tatsächlich verfügte die SPD über die FES-Büros bereits jetzt über authentische Informationen. Im Lichte der weiteren Entwicklung muss man Wischnewskis Ausführungen als Versuch werten, so kurz vor der Bundestagswahl keinen offenen Dissens mit den USA zuzulassen.

Die beschwichtigende Darstellung half nicht. Außenminister Muskie wurde nach der Abreise des Deutschen mit der Aussage zitiert, dass eine gemeinsame Politik der USA und der Bundesrepublik gegenüber Lateinamerika nicht mehr möglich sei.⁷⁸ Auch im Auswärtigen Amt gab es Kritik daran, dass sich SI, SPD und FES an die Seite des FDR stellten:

„Unsere Bemühungen, SPD und FES dafür zu gewinnen, daß sie diese, die Polarisierung unvermeidlich verstärkende einseitige Unterstützung einschränken und ihren Einfluß in Richtung auf Verständigungsbereitschaft geltend machen,

⁷⁴ AdsD, WBA, A 13, 37, Lindenberg an Brandt, 23.7.1980.

⁷⁵ AdsD, I/HEAA 000442, Lindenberg, Aufzeichnung, 18.11.1980

⁷⁶ Ebenda, Lindenberg, Aufzeichnung, 29.7.1980.

⁷⁷ Vgl. Aufzeichnung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wischnewski, 9.8.1980, in: AAPD 1980, bearb. von Tim Geiger/Amit Das Gupta/Tim Szatkowski, Bd. 2, München 2011, Dok. 229, S. 1209-1215.

⁷⁸ IISG, SI, 1132, Latin America Weekly Report, 34, 29.8.1980. Vgl. auch den Bericht im Spiegel vom 4.8.1980: „Die Zeit des Gleichschritts ist vorüber“.

stießen zwar auf gewisses Verständnis, hatten aber offenbar nur begrenzten Erfolg, insbesondere, was die Haltung der Sozialistischen Internationale angeht.⁷⁹

Die Zusage, sich um zusätzliche Informationen zu bemühen, war kein Lippenbekenntnis. Bald nach seiner Rückkehr bat Wischnewski den ehemaligen Präsidenten Costa Ricas und Vize-Vorsitzenden der SI, Oduber, um eine offene Einschätzung zu El Salvador.⁸⁰ Odubers Partei, der PLN, war entschieden antikommunistisch. Von ihm konnte der deutsche Sozialdemokrat erwarten, dass sein Urteil nicht von übermäßiger Sympathie für Kuba-nahe Kräfte beeinflusst war. „Streng vertraulich“, antwortete Oduber, dass die Junta sich nicht gegen die „faschistischen Militärs“ durchsetzen könne. Auf Seiten der Guerilla dominierten die pro-kubanischen Kräfte. Sein Rat lautete, dass sich die gemäßigten Kräfte im Militär mit den weniger radikalen Teilen der Opposition verständigen müssten. Dabei sei aber die Zustimmung des gesamten FDR, des politischen Bündnisses der Opposition, unerlässlich.⁸¹ Odubers Rat hatte wenig Aussicht auf Realisierung, erinnerte er doch stark an das Modell der gerade erst gescheiterten Reform-Junta. Doch hatte die Einschätzung des führenden Kopfs der gemäßigten latein-amerikanischen SI-Mitglieder das negative Urteil über die christdemokratische Regierung und damit in gewisser Weise auch den seit Anfang 1980 von der SPD eingeschlagenen Kurs bestätigt.

Konzilianter als Muskie zeigten sich im September US-Diplomaten gegenüber dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Horst Ehmke. Die US-Regierung wolle gemeinsam mit der SI eine weitere Polarisierung in Lateinamerika verhindern und stattdessen eine Demokratisierung des Subkontinents erreichen. Der grundlegende Dissens, ob die Junta in El Salvador Teil der Lösung (so die USA) oder Teil des Problems (die Einschätzung der SI) sei, konnte im Gespräch nicht überwunden werden.⁸²

Um Orientierung in dieser schwierigen Situation bemüht, hielt die FES Mitte Oktober 1980 – nach dem Wahlsieg der sozial-liberalen Koalition – in Bonn ein hochrangig besetztes, internationales Expertengespräch über Zentralamerika ab, an dem auch Luigi R. Einaudi, Lateinamerika-Spezialist des *State Department* teilnahm.⁸³ Im Juli war er in Washington einer der Gesprächspartner von Wischnewski gewesen. Am Rande der Konferenz traf er Ehmke, der sich inzwischen intensiver als Wischnewski mit Lateinamerika befasste. Einaudi formulierte als unverändertes Ziel seiner Regierung gegenüber der Sozialdemokratie, „gemeinsame demokratische Positionen zu finden“. Die USA und die SI sollten versuchen, die demokratischen Kräfte in El Salvador zu einen. Für Einaudi gehörten dazu

⁷⁹ Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer, 19.1.1981, in: AAPD 1981, Bd. 1, Dok. 11, S. 63.

⁸⁰ AdsD, 2/PVCY000029, Wischnewski an Daniel Oduber, 11.8.1980.

⁸¹ AdsD, FES-Hausakten, 16367, Oduber an Wischnewski, 21.8.1980.

⁸² AdsD, 1/HEAA 000442, Lindenberg, Aufzeichnung, 1.10.1980, und FJJ, 60 RI (WB), 185, Antoine Blanca an Lionel Jospin, o. D.

⁸³ AdsD, SPD-PV, 12135, Expertengespräch: Perspektiven Zentralamerikas nach dem Volksaufstand in Nicaragua, 16./17.10.1980.

Teile des FDR, allerdings nicht das gesamte Oppositionsbündnis, wie es die SPD sah, und die an der Junta beteiligten Christdemokraten. Der amerikanische Diplomat schlug daher vor, die internationalen Zusammenschlüsse von Christ- und Sozialdemokraten sollten in dieser Frage kooperieren. Ehmke sagte zu, dies zu prüfen, und versprach, die SPD werde beim bevorstehenden SI-Kongress Mitte November in Madrid mäßigend wirken. Einaudis Wunsch, die deutsche Entwicklungshilfe für El Salvador wieder aufzunehmen, hielt Ehmke nicht für zielführend. Sie war im Februar 1980 eingestellt worden, weil die Sicherheitslage immer prekärer geworden war. Wenn die SPD sich dafür einsetze, dies zu widerrufen, dann – so Ehmke – würde sie ihre lateinamerikanischen Partner vor den Kopf stoßen und sich selbst jedes Einflusses berauben, was nicht im Interesse der USA liegen könne.⁸⁴

In El Salvador ging unterdessen die Formierung der gegnerischen Blöcke weiter. Ende Oktober 1980 schlossen sich die Guerilla-Organisationen zum *Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional* (FMLN) zusammen. Der FDR, also auch die dazu gehörenden Sozialdemokraten vom MNR, ging ein Bündnis mit dem FMLN ein und verstand sich nun als dessen politischer Arm. Das Ziel war der Sturz der Regierung. Diese aber wurde immer stärker von der Hauptströmung der Christdemokraten geprägt. Am 22. Dezember 1980 stieg Duarte auf Druck aus Washington, wo noch Carter regierte, zum Präsidenten der Junta auf.⁸⁵

Mitte November 1980 trat in Madrid der zweijährlich tagende SI-Kongress zusammen. Der Vorsitzende des Lateinamerika-Komitees, Peña Gómez aus der Dominikanischen Republik, lobte die deutschen Genossen, die in der El Salvador-Frage trotz der Kritik aus den USA standhaft geblieben seien.⁸⁶ Wie üblich auf SI-Treffen waren die Gespräche am Rande mindestens so wichtig wie die Plenarberatungen. Wischniewski traf sich mit den MNR-Führern Ungo und Oquelí, die ihn darüber informierten, dass die Guerilla noch vor Reagans Amtsantritt „eine politisch-militärische Situation“ erreichen wolle, die Verhandlungen „unausweichlich“ machen würde. Dies war nicht weniger als die Ankündigung eines bewaffneten Aufstands gegen die Regierung. Sollte es dann wirklich zu Verhandlungen kommen, würde Mexiko und der Bundesrepublik zusammen mit den USA „ein möglicherweise entscheidendes politisches Gewicht zufallen“.⁸⁷ Mit anderen Worten: Die Bundesregierung sollte sich darauf einstellen, in einem international weithin beachteten Konflikt neben der Regionalmacht Mexiko und dem Hegemon der Hemisphäre als dritte Kraft aufzutreten. Dies wäre ein Novum in der Außenpolitik der Bundesrepublik gewesen.

Ungo und Oquelí erklärten zudem, dass der MNR, trotz der geringen Zahl von Mitgliedern und obwohl die Partei keine bewaffneten Kräfte kommandierte, dennoch innerhalb des Oppositionsbündnisses FDR großen Einfluss besitze, weil sie

⁸⁴ AdsD, 1/HEAA 000442, Lindenberg, Aufzeichnung, 20.10.1980.

⁸⁵ Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 63.

⁸⁶ Archiv der Fundação Mário Soares, Lissabon, 00638.003, Rede von Peña Gomez auf dem SI-Kongress Madrid, November 1980.

⁸⁷ AdsD, 1/HEAA 000442, Lindenberg, Aufzeichnung, 18.11.1980.

„die einzige politische Kraft sei, die Zugang zu internationalen Verbindungen habe“. Wischniewski versicherte den Genossen aus El Salvador die volle Solidarität der SPD: Die „Pressionen der Vereinigten Staaten anlässlich des SI-Kongresses in Madrid“ hätten gezeigt, dass eine gemeinsame Haltung mit den Vereinigten Staaten im Falle El Salvadors nicht mehr möglich sei. Das sei die offizielle Position der deutschen Sozialdemokratie.⁸⁸ Das war starker Tobak und im Falle öffentlichen Bekanntwerdens geeignet, massiven Washingtoner Protest hervorzurufen. Alle Versuche der zurückliegenden Monate, zu einer Annäherung der Positionen der Regierung Carter und der SPD zu kommen, waren gescheitert. Ab Ende 1980 kämpften somit die von der parteinahen FES und der SI unterstützten Sozialdemokraten in einem militärischen Bündnis gegen Christdemokraten, hinter denen die USA standen. Nicht erst unter Reagan, sondern bereits unter Carter war es also in der El Salvador-Frage zum Bruch zwischen der Sozialdemokratie und dem Weißen Haus gekommen.

VI. Neuer Kurs in Washington und Bürgerkrieg in El Salvador

Ronald Reagans Wahlsieg gab der extremen Rechten in El Salvador Auftrieb. Im November 1980 ermordeten Todesschwadronen die im Lande operierende FDR-Führung. Ungo und der linke Christdemokrat Rubén Zamora übernahmen nun vom Exil aus die Führung der Allianz aus linken Oppositionsparteien.⁸⁹ Wieder versuchte der MNR, durch Protestschreiben aus dem Ausland dem Terror Einhalt zu gebieten. SI-Generalsekretär Carlsson und Brandt forderten, die USA und andere Länder, die gegenwärtig die Junta unterstützten, sollten ihre Politik überprüfen.⁹⁰

Zugleich versuchte Brandt weiterhin, die Chancen für einen Kompromiss zwischen den verfeindeten Lagern El Salvadors auszuloten. Lindenberg reiste Mitte Dezember 1980 in seinem Auftrag nach Kuba, um „Elemente für eine Verhandlungslösung zu finden“.⁹¹ Sein Chef kümmerte sich derweil um eine Verständigung mit der Christlich Demokratischen Weltunion. An deren Spitze stand der Italiener Mariano Rumor. Dessen Partei orientierte sich in Fragen der Dritten Welt weniger eng an den USA als die CDU, und natürlich entfiel auch der Impetus, aus innenpolitischen Gründen die SPD als anti-amerikanisch darzustellen. Brandt und Rumor trafen sich am 18. Dezember 1980 in Bonn; sie „stimmten darin überein, daß ein Gegeneinanderwirken christdemokratischer und sozialistischer Kräfte in El Salvador die Gefahr einer lange andauernden Rechts-Diktatur wesentlich verschärft“.⁹²

Die Befreiungsbewegung FMLN ließ sich aber nicht von ihren Plänen abbringen, vor dem Machtwechsel in Washington ihre Position entscheidend zu verbes-

⁸⁸ Ebenda.

⁸⁹ AdsD, SPD-PV, 10891, Botschaft der Bundesrepublik in Mexiko an Auswärtiges Amt Bonn, 29.5.1981. Vgl. auch LeoGrande, Backyard, S. 59.

⁹⁰ AdsD, SPD-PV, 10885, SI, Carlsson, an Brandt, 28.11.1980.

⁹¹ AdsD, 1/HEAA000441, Lindenberg, Aufzeichnung, 17.12.1980.

⁹² AdsD, WBA, A 11.13, 146, Andreas Zobel, Vermerk für Thomas Mirow, 19.12.1980.

sern. Am 10. Januar 1981 startete die Guerilla die von ihr sogenannte Schlussoffensive. Die tatsächlichen militärischen Erfolge blieben weit hinter den Erwartungen zurück, weil der erhoffte Volksaufstand ausblieb.⁹³ Immerhin kontrollierte die Guerilla seither Teile des Staatsgebiets. Endgültig herrschte in El Salvador Bürgerkrieg, mit erkennbaren Fronten und Herrschaftsbereichen. Am 20. Januar berichtete José Francisco Peña Gomez, Vorsitzender des Lateinamerika-Komitees der SI, Brandt, dass er Ungo und anderen FDR-Führern erklärt habe, sie müssten sich jetzt um eine Verhandlungslösung mit den USA bemühen, da ein militärischer Sieg unmöglich sei.⁹⁴ Der Sechserkreis, in dem FES und SPD die internationale Politik untereinander abstimmten, übernahm diese Einschätzung. Aber wenn die SPD auch eine Verhandlungslösung bevorzugte, schloss sie die Unterstützung des bewaffneten Kampfs nicht kategorisch aus, sofern kein anderer Weg für gesellschaftliche Veränderungen blieb.⁹⁵

Auch bei der Opposition El Salvadors setzte ein Nachdenken über die weitere Strategie ein. Die SPD gewann den Eindruck, dass sich der MNR vom militärischen Weg als einziger Option absetzte, nur werde dies leider nicht öffentlich gemacht. Als Ouelí, Internationaler Sekretär der Partei, Ende Januar/Anfang Februar 1981 nach Bonn kam, lautete seine Botschaft, dass die Opposition Gespräche mit den USA suche. An die SPD richtete er die Bitte, sich vermittelnd einzuschalten.⁹⁶ Er hatte sich überdies zum Ziel gesetzt, bei Westeuropas Sozialdemokraten 30.000 US-Dollar für den MNR zu sammeln. Bisher war die FES die einzige europäische Institution, die nennenswerte Hilfe leistete. Ouelí wurde von der Ebert-Stiftung voll bezahlt, zudem bekamen zehn MNR-Vertreter Stipendien der Bildungsinstitution *Centro de Estudios Democráticos de América Latina* (CEDAL) in Costa Rica. Die Zuwendungen der mexikanischen Staatspartei PRI lagen aber nach Angaben der salvadorianischen Partei weit über denen der FES. Es bestünde die Gefahr einer völligen Abhängigkeit des MNR von den mexikanischen Gast- und Geldgebern.⁹⁷ Aus Mitteln des von der SPD getragenen Vereins „Internationale Solidarität“ erhielt der MNR daraufhin einmalig 50.000 DM.⁹⁸ Der Solidaritätsfond der dänischen Arbeiterbewegung stellte 50.000 Kronen (etwas über 15.000 DM) zur Verfügung.⁹⁹

Nach dem Treffen Wischnewski – Ouelí ersuchte die SPD den designierten Assistant Secretary of State for European Affairs im US-Außenministerium, Eagle-

⁹³ Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 68, S. 89 und S. 134.

⁹⁴ AdsD, SPD-PV, 10888, Peña Gomez an Brandt, 20.1.1981.

⁹⁵ AdsD, FES-Hausakten, 16367, Dingels an die Mitglieder des Sechserkreises, 26.1.1981.

⁹⁶ AdsD, SPD-PV, 10891, Dingels, Aufzeichnung, 3.2.1981, und Dingels an Rudolf Bindig, MdB, 5.2.1981.

⁹⁷ Ebenda, Dingels an FES, 3.2.1981; FES-Hausakten, 12701, Dietmar Kneitschel, Bonn, Vermerk für Siegfried Bangert, 20.1.1981; FES Costa Rica, 1. Halbjahresbericht 1981; FES-Hausakten, 12708, FES Bonn an FES Mexiko, 9.1.1981; FES-Hausakten, 12747, FES, The Friedrich-Ebert-Stiftung und El Salvador, 20.2.1981, und FES-Hausakten, 16329, Ernst Kerbusch an Günter Grunwald u. a., 24.4.1981.

⁹⁸ AdsD, SPD-PV, 10891, Dingels an Wischnewski, 12.8.1981, und Vermerk Dingels, 13.8.1981.

⁹⁹ IISG, SI, 1157, Carlsson, 25.8.1981, und 1146, Arbejderbevægelsens Solidaritetsfond, Kopenhagen, an Carlsson, 16.9.1981.

burger, um eine vertrauliche Unterredung mit Ungo.¹⁰⁰ Auch zur Erläuterung der eigenen Position hielt man in der SPD Gespräche mit der neuen Administration für äußerst dringlich. Dingels beschrieb erneut die Herausforderung, vor der die SPD stand: „Oberstes Ziel für uns muß sein, den schmalen Pfad zwischen der Solidarität zur MNR und den nationalen und bündnismäßigen Interessen so zu gehen, daß wir einigermmaßen unbeschadet aus der Sache herauskommen, ehe, was ich befürchte, die Entwicklung uns aus den Händen genommen wird.“¹⁰¹ Keine zwei Wochen später konnte der Internationale Sekretär mitteilen, Eagleburger habe versprochen, die wichtigsten europäischen Verbündeten anzuhören.¹⁰²

Aber die kalte Dusche ließ nicht lange auf sich warten. Am 4. März 1981 teilte Eagleburger dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wischniewski mit, dass er die Bemühungen der Sozialdemokraten begrüße, „Ungo und seine nicht-marxistisch-leninistischen Partner von den salvadorianischen Guerilla-Elementen zu trennen“, was aber gar nicht die Absicht der SPD war. Deren eigentlichem Anliegen erteilte er zugleich eine Abfuhr: Die USA würden sich mit Ungo erst treffen, wenn er sich erstens öffentlich zu einer Lösung durch Wahlen bekannt und sich zweitens mit Duarte getroffen habe, um diese zu diskutieren. Und auch dann werde die Regierung in Washington ihn nur „in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der sozialdemokratischen MNR“ empfangen.¹⁰³ Zu Gesprächen mit dem Oppositionsbündnis FDR, dem Ungo ebenfalls vorstand, waren die USA nicht bereit. Für die neue US-Regierung war Zentralamerika der Ort, an dem der globale Vormarsch des Kommunismus gestoppt werden musste. Die Region sollte ein Test für die Loyalität der Verbündeten der USA werden, so Außenminister Alexander Haig in einem vertraulichen Pressegespräch am 12. Februar 1981.¹⁰⁴ Aber die USA unter Reagan verstanden unter einer politischen Lösung für El Salvador etwas ganz anderes als die SPD: Washington hielt Wahlen in der gegebenen Situation für durchführbar, während die Sozialdemokraten auf die Bedrohung von Oppositionspolitikern durch Todesschwadronen verwiesen, die Wahlen unmöglich machten. Und die USA lehnten es ab, sich an den Verhandlungstisch zu setzen, denn sie seien in El Salvador keine Konfliktpartei.

VII. Rückwirkungen auf die Bundesrepublik

Während für die SPD das Ausmaß der Probleme mit der neuen US-Regierung deutlich wurde, begann ihre Zusammenarbeit mit der Opposition und der Gue-

¹⁰⁰ AdsD, SPD-PV, 10891, Dingels, Aufzeichnung, 3.2.1981, und Dingels an Bindig, 5.2.1981.

¹⁰¹ Ebenda, 11096, Dingels, Vermerk Sitzung des Lateinamerika- und Karibik-Komitees der SI, 24.2.1981.

¹⁰² Ebenda, 10891, Dingels, Vermerk für Peter Glotz, 24.2.1981.

¹⁰³ AdsD, NL Wischniewski, 619, Message for Wischniewski from Lawrence Eagleburger, 4.3.1981.

¹⁰⁴ Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 80 f. und S. 86. Ähnlich der Spiegel vom 23.2.1981: „El Salvador. Lackmus-Test für die Allianz“. Dort hieß es: „Nicht Salt, nicht Auf, Ab- oder Nachrüstung, nicht Neutronenwaffe oder Entspannung, ausgerechnet die Mini-Republik El Salvador wird also zum Lackmus-Test – und zur Zerreißprobe – der Allianz.“

rilla El Salvadors in der Bundesrepublik zugleich hohe Wellen zu schlagen. Auslöser war ein Interview des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler am 1. Februar 1981, in dem er erklärte, zur Duarte-Regierung gebe es keine demokratische Alternative.¹⁰⁵ SPD-Sprecher konterten, Duarte habe vielleicht ehrenwerte Absichten, könne sich aber gegen die Militärs und deren Todesschwadronen nicht durchsetzen. Weitere CDU-Mitglieder stellten sich nun an Geißlers Seite.¹⁰⁶ Die publizistische Auseinandersetzung zwischen der Regierungspartei und der Opposition nahm im Februar und März 1981 in der bundesdeutschen Presse großen Raum ein. „Alle reden von El Salvador“ schrieb Dirk Cornelsen in der *Frankfurter Rundschau*.¹⁰⁷ Wischnewski traf sich in dieser Situation mit CDU-Generalsekretär Geißler und erklärte: „Die SPD hat zu keinem Zeitpunkt Stellungnahmen zugunsten militärisch operierender Untergrundbewegungen abgegeben, auch wenn sie Verständnis für solche zeigt, die angesichts nahezu aussichtsloser und unhaltbar gewordener Zustände glauben, daß eine Veränderung nur mit Waffengewalt zu bewältigen ist.“¹⁰⁸ Geißler und Wischnewski einigten sich darauf, in El Salvador über ihre jeweiligen Kanäle auf eine Verständigung zwischen den Demokraten in beiden Lagern hinzuwirken und das Thema nicht mehr in die bundesdeutsche Innenpolitik zu ziehen.¹⁰⁹ Andere Politiker aus den Reihen der CDU blieben aber beim scharfen Ton gegenüber der SPD. Ottfried Hennig (MdB) warf ihr vor, „am Tod vieler unschuldiger Menschen“ mitverantwortlich zu sein, wenn sie ihre El Salvador-Politik nicht ändere.¹¹⁰ Die sozialdemokratischen Wortmeldungen beschäftigten sich mehr mit der Politik der USA, deren Glaubwürdigkeit – wie die des gesamten Westens – in Lateinamerika in Gefahr sei. In einem Interview mit der *Zeit* betonte Ehmke: „Die Glaubwürdigkeit ist übrigens auch ein wesentliches Instrument politischer Stärke.“¹¹¹

VIII. Brandt und Wischnewski suchen einen Weg zum Frieden in El Salvador

Zusätzliche Schwierigkeiten für die SPD brachte ein Beschluss des SI-Lateinamerika-Komitees Anfang März 1981. Das Komitee bot sich in El Salvador als Vermittler an, was schwer zu vereinbaren war mit der Parteinahme für den MNR. Brandt wurde gebeten, beim US-Präsidenten vorstellig zu werden, damit dieser sich an

¹⁰⁵ BPA, Rundfunk-Auswertung, WDR, „Auslandsstudio“, Interview mit Heiner Geißler, „z. Z. El Salvador“, 1.2.1981.

¹⁰⁶ BPA, Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Nr. 109, 2.2.1981, und Deutschland-Union-Dienst, 35. Jg., Nr. 22, 3.2.1981.

¹⁰⁷ Vgl. Frankfurter Rundschau vom 6.3.1981: „Beim Frühstück entstand die Idee zur Vermittlung“.

¹⁰⁸ AdsD, SPD-PV, 10891, Dingels, Vermerk für Wischnewski, 12.2.1981.

¹⁰⁹ BPA, Rundfunk-Auswertung, SWF, „Heute Mittag“, 5.2.1981; „Deutschlandfunk“, 6.2.1981; Deutschland-Union-Dienst, 35. Jg., Nr. 22, 3.2.1981, und Frankfurter Rundschau, 6.3.1981.

¹¹⁰ BPA, Deutschland-Union-Dienst, 35. Jg., Nr. 22, 3.2.1981; Deutschland-Union-Dienst 16.2.1981, und Deutsche Tagespost, 27.3.1981, Leserbrief Christoph Müllerleile (Stellvertretender Sprecher der CDU).

¹¹¹ Zeit vom 13.2.1981: „Duarte ist Werkzeug“.

der Suche nach einer politischen Lösung beteilige.¹¹² Die Bitte war mit Brandt nicht abgesprochen. Der Vorstoß nötigte ihn zur Suche nach einem Weg, der weder das SI-Komitee bloßstellte noch ihn auf eine aussichtslose Mission nach Washington führte. Die Lösung bestand darin, zum einen Wischnewski im Auftrag des SI-Präsidenten auf eine Erkundungsreise nach Zentralamerika und Kuba zu schicken. So konnte eine gewisse Form von Vermittlung erreicht werden, ohne sich formell für neutral zu erklären und damit den MNR zu desavouieren. Zum anderen intensivierte Brandt die Kontakte mit der Christlich Demokratischen Weltunion. Auch innenpolitisch versprach dies für Brandt eine Verbesserung seiner Position: Angriffe aus der CDU auf seine El Salvador-Politik konnten mit dem Hinweis auf das gemeinsame Vorgehen auf internationaler Ebene entkräftet werden. Brandt setzte darauf, sich über die Köpfe von Helmut Kohl und Heiner Geißler hinweg mit Mariano Rumor zu verständigen und damit die CDU-Führung in dieser Frage zu neutralisieren, sowohl international wie auch innenpolitisch. Die Chancen dafür standen gut. In der christdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament waren CDU/CSU mit ihrer Haltung zu El Salvador isoliert.¹¹³

Brandt und Rumor trafen sich am 12. März, nachdem sie bereits im Dezember 1980 und Januar 1981 über Zentralamerika gesprochen hatten.¹¹⁴ Für den FDR konnte Brandt mitteilen, dass „auf dieser Seite eine weitreichende Bereitschaft für Schritte, die zu einer politischen Lösung führen, vorhanden ist“. Die Christlich Demokratische Weltunion übernahm es, die Haltung von Präsident Duarte zu erkunden. Auch für das Verhältnis der SPD und der von ihr getragenen Bundesregierung zu den Vereinigten Staaten versprach die Abstimmung zwischen SI und Christlich Demokratischer Weltunion von Nutzen zu sein. Mitte März übergaben daher Wischnewski und Rumor gleichzeitig den US-Botschaften in ihren Ländern jeweils ein Non-Paper zu den Positionen der Sozialistischen beziehungsweise Christdemokratischen Internationale zu El Salvador.¹¹⁵ Ziel war ein gemeinsamer Besuch von Vertretern der italienischen *Democrazia Cristiana* und der SPD in Washington im Herbst 1981. Dort wollte man erläutern, „daß die starke Fixierung Washingtons auf die Abhaltung von Wahlen zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher einer politischen Lösung hinderlich als förderlich ist“, denn für Oppositionelle würde eine Kandidatur das Todesurteil bedeuten. „Die Amerikaner scheinen sich nicht über die psychisch-politische Tragweite dieser Frage [El Salvador] nicht nur bei uns, sondern auch im übrigen Europa bewußt zu sein.“¹¹⁶ Unterdessen bereitete sich Wischnewski auf seine Erkundungsreise vor. Ende März 1981 traf er in Bonn mit Bischof Arturo Rivera y Damas zusammen, Nachfolger des ein Jahr zuvor ermordeten Erzbischofs Óscar Romero an der Spitze der Erzdiözese San Salvador. Dieser berichtete, „daß die Mehrheit der Bevölkerung weder für

¹¹² FJJ, 60 RI (WB), 186.

¹¹³ Spiegel vom 2.2.1981: „Die Christdemokraten unterstützen die Militär-Junta El Salvadors“.

¹¹⁴ AdsD, SPD-PV, 11998, „Zur Information“, o.V., o.D., und Ronald Reagan Library (künftig: RRL), NSC [Nationaler Sicherheitsrat] # 8100882, National Security Council, Memorandum von Roger Fontaine für Richard V. Allen, 3.3.1981.

¹¹⁵ AdsD, NL Wischnewski, 618, Lindenberg, Aufzeichnung, 16.3.1981.

¹¹⁶ AdsD, SPD-PV, 10926, Dingels an Horst Ehmke, 1.7.1981.

rechts noch für links optiert. [...] Um es mit einem Wort zu sagen, die Junta wird als das kleinere Übel angesehen.“¹¹⁷ Das war eine ganz andere Einschätzung, als sie der MNR den europäischen Sozialdemokraten geliefert hatte.

Vorbereitende Gespräche führte Wischniewski auch mit der US-Administration und der Regierung von Mexiko. Dort sprach er mit Staatspräsident José López Portillo (und nachts im Hotel mit Gabriel García Márquez), in der Wohnung des dortigen FES-Vertreters auch mit der FDR-Führung im Exil, in El Salvador mit Junta-Chef Duarte, in Costa Rica mit dem früheren Präsidenten Oduber und dessen PLN-Parteigenossen und Kandidaten für das höchste Staatsamt, Luis Alberto Monge. In Panama traf er Omar Torrijos, dessen Regierung ihm zur Bewältigung des Reiseprogramms ein Flugzeug zur Verfügung stellte. Außerhalb von El Salvador war die Reaktion durchweg positiv. Dem entsprach auch Lindenberg's Resümee: „Von deutscher Seite war dies der – erste und erfolgreiche – Versuch, mit allen an dem El Salvador-Konflikt intern und extern Beteiligten“ Gespräche zu führen, „die vielleicht zu einer politischen Lösung beitragen könnten“. Den Erfolg maß Lindenberg am selbst gesteckten Ziel, mit allen ins Gespräch zu kommen. In dieser Hinsicht wurde der Plan sogar übererfüllt – selbst Castro, der ursprünglich gar nicht auf der Liste gestanden hatte, ließ sich einbeziehen.¹¹⁸ Positiv wirkte Wischniewskis Mission auch in der Bundesrepublik, jedenfalls für die SPD. Die Reise habe dazu beigetragen, so resümierte Lindenberg, „daß die El Salvador-Frage nicht mehr wie zuvor Gegenstand innenpolitischer Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik ist“.¹¹⁹

Den Frieden in El Salvador brachte Wischniewskis Mission dennoch nicht näher. Am Ende der Reise hatte er Vorschläge der Opposition an die Regierung übermittelt, die diese zu prüfen versprach. Viel war das nicht. Am 8. Mai 1981 meldete die *Times*, die Armeeführung von El Salvador habe Wischniewskis Versuch, alle Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen, eine Absage erteilt.¹²⁰ Auch die US-Botschaft in Bonn informierte er über die Ergebnisse seines Aufenthalts. Man gab ihm indes zu verstehen, dass die Vereinigten Staaten „gegenüber internationalen Vermittlungsbemühungen inzwischen eine noch erheblich deutlicher kritische Haltung einnehmen, als dies zur Zeit meiner Mittelamerika-Reise erkennbar sein konnte“.¹²¹ Missfallen in Washington erregte auch Wischniewskis Treffen mit Castro.¹²²

¹¹⁷ AdsD, NL Wischniewski, 618, Dingels, Vermerk für Wischniewski, 30.3.1981.

¹¹⁸ AdsD, 2/PVCY0000182, Lindenberg, Zusammenfassender Bericht, 23.4.1981.

¹¹⁹ AdsD, Dep. Lindenberg, 11, Lindenberg an Wischniewski, 16.6.1981.

¹²⁰ AdsD, SPD-PV, 10891, „Times“ vom 8.5.1981.

¹²¹ Ebenda, 10774, Vermerk Wischniewski an Helmut Schmidt, 18.5.1981; auch RRL, Jacqueline Tillman Files, Socialist International Panama Meeting on El Salvador, 90502, US-Botschaft Bonn, William M. Woessner, an State Department, 27.5.1981.

¹²² Spiegel vom 4.5.1981: „US-Kritik an Wischniewski“.

IX. Wahlen in El Salvador

In den folgenden Monaten gewann die Frage baldiger Wahlen in El Salvador an Bedeutung. Duarte und Reagan wollten den Urnengang so schnell wie möglich. Dahinter stand die Erwartung, dass darüber das Bündnis zwischen Demokraten (MNR) und Revolutionären (FMLN und KP) zerbrechen würde. Die Gegenseite, auch der MNR, blieb dabei, dass freie Wahlen unter den obwaltenden Umständen undurchführbar seien. Verhandlungen müssten überhaupt erst die Bedingungen für einen fairen Urnengang schaffen.¹²³ Rückendeckung erhielt der MNR durch den Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 16. Dezember 1981, dass in El Salvador nicht die Mindestbedingungen für freie Wahlen existierten.¹²⁴ Selbst Duarte sah sich nicht in der Lage, eventuellen FDR-Kandidaten eine Sicherheitsgarantie zu geben.¹²⁵ Für die SPD war es dennoch schwer, gegen allgemeine Wahlen zu argumentieren, war dies doch einer ihrer zentralen Programmpunkte, der sie von Kommunisten unterschied und in früheren Epochen auch von Konservativen abgegrenzt hatte, als diese noch ein Klassenwahlrecht verteidigten. Nachdem Anfang Januar der Wahltermin auf Ende März 1982 festgelegt worden war, stand die SPD zusätzlich vor der Entscheidung, ob sie – wie von der Regierung Duarte und den USA gewünscht – Beobachter entsenden sollte. In der SPD hielt man die Wahlen mehrheitlich für eine Farce. Einige Mitglieder der Bundestagsfraktion warnten aber davor, mit der Mittelamerika-Frage ein zusätzliches Konfliktfeld mit Washington zu eröffnen. Sicherlich dachten sie dabei an die Debatten über den Nachrüstungsbeschluss und über die Reaktion auf das im Dezember in Polen verhängte Kriegsrecht. Ehmke als stellvertretender Fraktionsvorsitzender war anderer Meinung und empfahl, bei der harten Haltung zu bleiben und den eingeschlagenen Kurs weiter zu verfolgen. Dabei gehe es nicht zuletzt um das Ansehen der deutschen Sozialdemokratie in Lateinamerika.¹²⁶

Den USA lag sehr daran, dass die SPD Wahlbeobachter entsandte und damit die Legitimität des Urnengangs stärkte. Deshalb suchte Stephen W. Bosworth, Leiter der Abteilung für Interamerikanische Fragen im *State Department*, am 20. Januar 1982 Wischnewski auf. Die SPD blieb jedoch bei ihrer Position: Beobachter zu entsenden, komme nicht in Frage, und sie werde dies auch anderen – der Bundesregierung – nicht empfehlen. Damit setzten sich die Sozialdemokraten auch gegen das FDP-geführte Auswärtige Amt durch, das zur Beobachtung der Wahlen bereit gewesen war.¹²⁷

¹²³ Vgl. Turcios, Guillermo Manuel Ungo, S. 247 f., und LeoGrande, Backyard, S. 127-130.

¹²⁴ Der Beschluss erging mit 70:22 Stimmen; vgl. Bruce Michael Bagley, Mexico in Central America. The Limits of Regional Power, in: Grabendorff/Krumwiede/Todt (Hrsg.), Political Change, S. 261-284, hier S. 269.

¹²⁵ Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 158.

¹²⁶ AdsD, 2/PVCY0000184, Lindenberg, 8.12.1981.

¹²⁷ AdsD, SPD-PV, 10922, Dingels an Wischnewski, 20.1.1982. Vgl. auch SPD-Pressemitteilung 56/82, 7.2.1982; library.fes.de/cgi-bin/digibert.pl?id=015595&dok=29/015595 [13.6.2018], und Spiegel vom 22.3.1982: „Kein Garantieschein“.

Ende März mussten sich die Sozialdemokraten eingestehen, dass sie die Lage in El Salvador falsch eingeschätzt hatten, denn trotz beschränkter Auswahlmöglichkeiten, aufgrund des Fehlens linker Kandidaten, hatte die Beteiligung am Urnengang 85 Prozent erreicht. Wie viele der Wähler nur deshalb teilnahmen, weil sie andernfalls als Guerillasympathisanten abgestempelt worden wären, musste naturgemäß offen bleiben. Zweifel der Opposition an der Vertrauenswürdigkeit der Angaben zur Wahlbeteiligung blieben ohne Echo.¹²⁸ Die Politik des FMLN – die zwischen Abgabe ungültiger Stimmzettel, Wahlboykott und Behinderung der Wahlen durch Anschläge auf Verkehrsmittel hin und her schwankte – stand „dem weit verbreiteten Wunsch zu wählen offenkundig entgegen“, stellte er der Regierung Duarte gegenüber sehr kritische Historiker William LeoGrande fest. Die finanziell und logistisch massiv von den USA unterstützten Christdemokraten wurden mit 40 Prozent der Stimmen und Sitze stärkste Kraft, aber die fünf Parteien rechts von ihnen verfügten über eine rechnerische Mehrheit. Auf Druck der Vereinigten Staaten, die um die innen- und außenpolitischen Gefahren einer Regierung ohne Duartes Partei wussten, kam es zu einer Koalition aller großen Fraktionen im Parlament. Christdemokraten, Konservative und die rechtsradikale *Alianza Republicana Nacionalista* (ARENA) stellten je vier Minister.¹²⁹ Die neuen Machtverhältnisse blieben nicht ohne Folgen. Am 18. Mai 1982 stoppte die Verfassungsgebende Versammlung die weiteren Schritte der Agrarreform, zum Bedauern des US-Botschafters.¹³⁰

X. Backchannel

Nach den Wahlen lud Lawrence Eagleburger Lindenberg zu einem Treffen ein. Anfang Mai 1982 reiste der Deutsche im Auftrag des SI-Präsidenten nach Washington. Dort sprach er unter anderem mit dem Leiter der Mitteleuropaabteilung, John Kornblum, mit dem persönlichen Berater des Außenministers, Michael Ledeen, und natürlich mit Eagleburger selbst.¹³¹ Dieser begründete Lindenberg zufolge die Initiative mit

„der wachsenden Sorge insbesondere der Europa-Abteilung des Department of State, daß die Mittelamerika-Frage zu einem ernsthaften Störungsfaktor der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa werden könnte [...]. Nach den Worten Eagleburgers erwartet die US-Regierung nicht, daß sich zwischen ihr und der Sozialistischen Internationale in der Mittelamerika-Frage gemeinsame Haltungen erreichen lassen. Allerdings würde man Wert darauf legen, daß eine bessere Kommunikation zwischen dem Department of State und der SI insbesondere auf der Arbeitsebene zustandekommen könnte. Ein besonderes Interesse bestand an einer Kommunikationslinie zum Präsidenten der SI.“

¹²⁸ Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 161, und Turcios, Guillermo Manuel Ungo, S. 250 f.

¹²⁹ Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 160 f., S. 165, S. 173; Zitat S. 161.

¹³⁰ AdG, 25620, 18.5.1982.

¹³¹ AdsD, SPD-PV, 11096, Lindenberg an Carlsson, 17.5.1982.

Das *State Department* schlug einen sogenannten Backchannel vor, wie es ihn bereits ab 1969 vom Weißen Haus zu Bundeskanzler Brandt gegeben hatte. Der „Dienstweg“ entfiel dabei, was die Kommunikation beschleunigte und die Zahl der Eingeweihen minimierte. Kurzum: Es ging Eagleburger um einen offenen und direkten Austausch mit Brandt; so wichtig war ihm die Zentralamerika-Politik der Internationale. Aber es gab von vorneherein Tabus: So lehnten es die USA kategorisch ab, den FDR/FMLN zum Verhandlungspartner zu machen. Es könne nur um die „Reintegration“ der Opposition in die Politik des Lands gehen – also um die Beteiligung an Wahlen, nicht aber um eine Teilung der Macht.¹³²

Bemerkenswert ist, dass auf US-Seite nicht die Lateinamerika-Abteilung, sondern Kornblum den Kontakt halten sollte. Eagleburger hatte Befürchtungen wegen Westeuropa formuliert, nicht wegen Lateinamerika. Aber es gab auch Probleme mit anderen Abteilungen seines Hauses. Kornblum berichtete, „die Europa-Abteilung des *State Department* sehe mit wachsender Sorge, daß andere Kräfte innerhalb der Administration dazu entschlossen sein könnten, den Konflikt vor allem mit den Parteien der SI, die in Europa an der Regierungsverantwortung beteiligt sind, schärfer und deutlicher als bisher auszutragen“. Kornblum ließ auch keinen Zweifel daran, dass er der SPD mehr Verständnis für die Lage in Zentralamerika zubilligte als anderen SI-Parteien. Namentlich erwähnte er die aus Frankreich und aus den Niederlanden.¹³³ In der Tat kam die SPD den US-Wünschen entgegen. Wischniewski empfing am 29. Juni 1982 im Bundeskanzleramt (seit April war er dort wieder Staatsminister) José Napoleón Duarte, der nur noch Parteivorsitzender, nicht mehr Präsident seines Lands war. Zwei Tage später durfte auch Ungo den Minister besuchen.¹³⁴ Das Auswärtige Amt verweigerte sich der Gleichbehandlung von Duarte und Ungo. Ersterer wurde von Minister Hans-Dietrich Genscher empfangen, Ungo aber nur vom Direktor der Politischen Abteilung.¹³⁵

XI. Verlust der Regierungsmacht in Bonn

Am 1. Oktober 1982 stürzte Helmut Kohl durch ein Misstrauensvotum Bundeskanzler Helmut Schmidt. Die SPD ging in die Opposition und verlor damit massiv an Einfluss. Dies betraf auch El Salvador. So hatte ein Projekt des FDR/FMLN, in dem es um verbesserte Lebensmittelversorgung für Flüchtlinge auf Guerilla-Gebiet ging, nun keine Aussicht mehr auf Förderung durch die Bundesregierung. Wolfgang Weege, Mitarbeiter im Internationalen Sekretariat der SPD, notierte auf dem Formular: „Durch Regierungswechsel unmöglich geworden für SPD. Abl[age]“. ¹³⁶ Zur Wiederaufnahme der bundesdeutschen Entwicklungszusam-

¹³² AdsD, WBA, A 13, 45, Lindenberg, Mittelamerika-Gespräche in Washington 4.–6.5.1982.

¹³³ Ebenda, [Lindenberg], Gespräch mit John Kornblum, 4.5.1982.

¹³⁴ AdsD, SPD-PV, 11093.

¹³⁵ Vgl. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos, 11.10.1982, in: AAPD 1982, bearb. von Michael Ploetz/Tim Szatkowski/Judith Michel, Bd. 2, München 2013, Dok. 267, S. 1390–1393, hier S. 1392 f.

¹³⁶ AdsD, SPD-PV, 11093.

menarbeit mit der Regierung von El Salvador kam es aber erst 1984.¹³⁷ Der Machtwechsel in Bonn bewegte auch Zentralamerika. Dingels berichtete am 7. Oktober, dieser Vorgang habe bei allen befreundeten Organisationen

„Bestürzung und Unruhe hervorgerufen. [...] Nicht nur die Nikaraguaner, auch die Freunde aus El Salvador und die Opposition in Guatemala befürchten, daß ein starker Freund ihrer berechtigten Anliegen im Atlantischen Bündnis verloren gegangen ist; ganz besonders wird das Ausbleiben der Einflußnahme auf die USA auf der Regierungsebene schmerzlich vermißt.“¹³⁸

Ende des Monats klang Dingels noch besorgter:

„Der Verlust der Regierungsverantwortung in Bonn hat [...] unser bisheriges Informationsnetz gekappt. Konnten wir uns bislang im großen und ganzen auf laufende Berichterstattung (auch dies klappte nicht immer) aus dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mehr oder minder verlassen, so ist dies in Zukunft nicht mehr möglich [...]“.¹³⁹

Die USA ließen die Sozialdemokraten spüren, dass sie nun nicht mehr so wichtig waren.¹⁴⁰ Im Frühjahr kam Entwarnung: Entgegen den Befürchtungen der SPD war Washington weiterhin an einer Kooperation in allen El Salvador betreffenden Fragen interessiert; so jedenfalls stand es in einem inoffiziellen Papier, das Dingels von Carl Gershman erhielt, der früher Internationaler Sekretär der Social Democrats USA gewesen war und nun – unter Reagan – das *State Department* in SI-Fragen beriet.¹⁴¹

Der Bürgerkrieg in El Salvador ging unvermindert weiter. Die jährliche Herbst-Offensive der Guerilla fiel 1982 umfang- und erfolgreicher als im Vorjahr aus.¹⁴² Anfang Dezember 1982 entsandte die SI erneut eine Erkundungsmission in die Region.¹⁴³ Für die SPD ging es auch dieses Mal darum, innenpolitische Herausforderungen zu meistern. El Salvador barg weiterhin das Risiko massiver Differenzen mit den USA und scharfer Angriffe aus der CDU/CSU – mitten im Wahlkampf für den Bundestag, der am 6. März 1983 neu bestimmt werden sollte. Dieses Motiv war besonders deutlich in der Vorbereitung des Gesprächs mit dem christdemokratischen Außenminister von Venezuela zu erkennen. Dingels schrieb Wischnewski, der für die SPD mitreiste, die dortige Regierung, „die gegenüber der amerika-

¹³⁷ Vgl. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Peckert, 30.7.1984, in: AAPD 1984, bearb. von Daniela Taschler/Tim Szatkowski, Bd. 2, München 2015, Dok. 210, S. 961-964, hier S. 961.

¹³⁸ AdsD, SPD-PV, 10775, Dingels an Wischnewski, 7.10.1982.

¹³⁹ AdsD, SPD-PV, 10775, Dingels an Wischnewski, 25.10.1982.

¹⁴⁰ AdsD, SPD-PV, 11093, Dingels an Richard C. Barkley, 26.10.1982.

¹⁴¹ AdsD, SPD-PV, 10911, Dingels an Brandt u. a., 23.3.1983.

¹⁴² Vgl. LeoGrande, Backyard, S. 181 und S. 184.

¹⁴³ AdsD, SPD-PV, 11724, o.V., o.D., Notes zu SI-Mission Panama, Nicaragua, Costa Rica (3.-7.12.) und Washington (8.12.).

nischen Lateinamerikapolitik äußerst kritisch eingestellt“ sei, könnte „für die Bemühungen eines Dialogs zwischen den Bürgerkriegsparteien in El Salvador [...] gewonnen werden [...]. Für unsere innenpolitische Debatte wäre ein solches Zusammenwirken [von Sozial- und Christdemokraten; B. Rother] Gold wert.“¹⁴⁴

Am 10. März 1983 hielt Reagan eine Grundsatzrede, in der er feststellte, die USA könnten eine kommunistische Machtübernahme in El Salvador nicht tolerieren. Es gehe um die nationale Sicherheit. Wenn die Kommunisten in El Salvador siegten, dann seien bald Guatemala und Honduras das nächste Ziel und dann Mexiko und auch der Panama-Kanal. Reagan kündigte daher umfangreiche Militär- und Wirtschaftshilfen für El Salvador an.¹⁴⁵ Reagans Rede vertiefte den Graben, der beim Thema El Salvador Deutschlands Sozialdemokraten von der amerikanischen Regierung trennte. Im Mai 1983 unterließ Wischniewski auf einer neuerlichen Tour durch Zentralamerika (und Kuba, wo er wieder Castro traf) den sonst üblichen Abstecher nach Washington. Von einem Treffen mit Vertretern der Opposition El Salvadors in Mexiko nahm er den Eindruck mit, dass deren Gesprächsbereitschaft gewachsen sei. Erstmals ordneten sie den Bürgerkrieg in ihrem Land auch in den Zusammenhang des Ost-West-Gegensatzes ein. Früher hatten sie ebenso wie die SI diese Sichtweise abgelehnt, lenkte sie doch von innergesellschaftlichen Ursachen des Bürgerkriegs ab. Aber die Rolle der USA einerseits und Kubas andererseits war zu groß geworden, als dass dies noch zum Verständnis des Konflikts ausreichte. Wischniewski übernahm diese Einschätzung und trug sie auf einer Pressekonferenz in Bonn vor.¹⁴⁶ Die Wendung zu einer realistischeren Bewertung war besonders der Guerilla nicht leicht gefallen. Über den Termin in Havanna berichtete Wischniewski: „In den Gesprächen war zu erkennen, daß es auch aus kubanischer Sicht nicht einfach gewesen ist, die FMLN-Führung von der Strategie des Dialogs überzeugen zu können.“ Ähnliches hörte er in Panama.¹⁴⁷

Die US-Regierung über die Ergebnisse der Mission in Kenntnis zu setzen, übernahm Dietrich Stobbe (SPD), bis vor Kurzem Leiter des FES-Büros New York und seit März 1983 Bundestagmitglied. Prompt beschwerte sich Kornblum, dass er nicht vorab von der Wischniewski-Mission erfahren habe. In der Sache waren die Gespräche weniger konfrontativ. Offenkundig haderten die Diplomaten, mit denen Stobbe sprach, selber mit Reagans Lateinamerika-Politik. Über Luigi R. Einaudi, den bereits von Carter ernannten Leiter der Planungsabteilung für inter-amerikanische Fragen, notierte Stobbe: „In jedem seiner Sätze wurde im Grunde genommen deutlich, daß er in innerer Opposition zur Politik der Reagan-Admi-

¹⁴⁴ AdsD, SPD-PV, 10922, Dingels an Wischniewski, 7.12.1982.

¹⁴⁵ AdG, 26445, 10.3.1983. Vgl. auch LeoGrande, Backyard, S. 217. Diese Rede widerspricht der Einschätzung von Eusebio Mujal-León (*Socialismo Europeo*, S. 193), bereits in der ersten Hälfte 1983 habe sich der Fokus der US-Mittelamerika-Politik von El Salvador auf Nicaragua verschoben.

¹⁴⁶ SPD-Pressemitteilung 354/83, 26.5.1983; library.fes.de/cgi-bin/digibert.l?id=004797&dok=31/004797 [13.6.2018].

¹⁴⁷ AdsD, 1/HEAA000443, Lindenberg, Bericht, Anfang Juni 1983. Vgl. auch Spiegel vom 19.3.1984: „Wir sind nur Zuschauer, nur Beobachter“.

nistration steht.“ Die harte Linie in der Zentralamerika-Politik vertrat Eagleburger, Nummer Drei in der Hierarchie des *State Department*. Stobbe interpretierte sie als „im Kern [...] ein Wiederaufleben der Dominotheorie“. Zu Zentralamerika bemerkte Eagleburger, Stobbe zufolge: „Für ihn gäbe es, anders als für die SI, die er dabei ausdrücklich erwähnte, keine Position der Mitte“ zwischen Washington und Moskau. Dies waren klare Worte von amerikanischer Seite, die keinen Zweifel daran ließen, dass es sich um einen ernsten Dissens handelte. Immerhin ließ Eagleburger erkennen, dass ihm ebenfalls daran gelegen war, mit der SPD im Gespräch zu bleiben, auch nach deren Ausscheiden aus der Regierung.¹⁴⁸ Umstritten war immer noch der Inhalt einer politischen Lösung. Washington meinte damit, dass zuerst die Guerilla die Waffen niederlegte und sich dann an den Wahlen beteiligte. Die SPD hingegen verstand darunter Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition einschließlich dem FMLN über die Beendigung des Bürgerkriegs und erst nach deren Abschluss allgemeine Wahlen.¹⁴⁹

XII. Die SPD geht auf Distanz zum MNR

Im März 1984 sollten in El Salvador Präsidentschaftswahlen stattfinden. Für Brandts Berater Lindenberg und Weege war dies Anlass, im Januar des Jahrs eine Überprüfung der Haltung der SPD anzumahnen. 1982 habe die Partei die Strategie des FDR/FMLN unterstützt, die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung zu boykottieren. Die Wahlen hätten aber aufgrund der hohen Beteiligung eine größere politische Bedeutung erhalten als die SPD dies „auf der Grundlage der Informationen unserer Freunde eingeschätzt hatte“. Zudem sei der Einfluss des MNR im FDR/FMLN seither spürbar zurückgegangen. Insgesamt habe der militärische Teil an Gewicht gewonnen und innerhalb des zivilen FDR der frühere Christdemokrat Zamora, der mittlerweile radikalere Positionen vertrete als die MNR-Führung. Weiterhin fehle es an einer wirklichen Bereitschaft des FMLN zu einer politischen Lösung, trotz aller Lippenbekenntnisse der letzten Jahre.¹⁵⁰ Das Dokument war von einer großen Enttäuschung über fehlerhafte Einschätzungen geprägt, die man vom MNR erhalten hatte, und über den mangelnden Willen des FMLN zu einer Verhandlungslösung.

Die Fachleute der FES und der SPD schlugen vor, die Präsidentschaftswahlen trotz aller Unzulänglichkeiten nicht von vornherein für gänzlich undemokratisch zu erklären; ein Boykottaufruf komme dieses Mal nicht in Frage. Duarte solle man Erfolg wünschen.¹⁵¹ Ihn als kleineres Übel gegenüber der extremen Rechten zu betrachten, bedeutete eine Abkehr von der Haltung des MNR und des FDR. Das war den deutschen Sozialdemokraten bewusst. Wischniewski vertrat die Position am 26. Januar 1984 im Sechserkreis von Ebert-Stiftung und Partei. Brandt äu-

¹⁴⁸ AdsD, 1/HEAA 000443, Dietrich Stobbe, Vermerk, 1.6.1983.

¹⁴⁹ AdsD, WBA, A 13, 43B, Lindenberg an Brandt, 12.11.1983.

¹⁵⁰ AdsD, FES-Hausakten 23758, Lindenberg/Wolfgang Weege, Aufzeichnung, 23.1.1984.

¹⁵¹ So die Zusammenfassung der Meinung „im Kreis unserer Freunde“ durch FES-Geschäftsführer Bangert: AdsD, FES-Hausakten, 16336, FES Bonn an FES Mexiko, 16.2.1984.

Berte sich zurückhaltend; 1982 habe die SPD gesagt, es handele sich nicht um richtige Wahlen. Ob dies nun anders sei? Die Begründung für die veränderte Politik müsse stimmen.¹⁵² Am Tag darauf debattierte der Bundestag über El Salvador. Unionsredner begrüßten die Haltung der SPD zu den Wahlen, warfen ihr aber erneut vor, mit der Unterstützung der Guerilla den Prozess der Demokratisierung zu behindern. Wischniewski forderte „wirklich freie Wahlen“. Gegenwärtig sei diese Bedingung noch nicht erfüllt. Den „demokratischen Bemühungen der Christdemokraten in El Salvador“ zollte er seinen Respekt, was bei der Union gut ankam. Aber auf beiden Seiten des Konflikts sei der Wille zur friedlichen Lösung noch zu schwach.¹⁵³ Seinen Redetext ließ Wischniewski über das FES-Büro Mexiko auch der MNR-Führung zukommen.¹⁵⁴

Die neue Strategie der SPD war kein Bruch mit dem MNR, aber ein Schritt auf die Regierung El Salvadors zu, der zugestimmt wurde, sich um wirklich freie Wahlen zu bemühen. Der MNR zog jedoch nicht in dem Maße mit, wie es die SPD erhoffte. Wegen der Gefahren durch ultrarechte Todesschwadronen, aber auch um einen offenen Konflikt mit dem FDR/FMLN zu vermeiden, lehnte er es ab, Kandidaten zu präsentieren. Es fehlte dem MNR zudem, so die Analyse des FES-Vertreters in Costa Rica, an einem eigenständigen politischen Profil, um getrennt vom Rest der Opposition auftreten zu können.¹⁵⁵ Wie schwierig es war, den militärischen Teil der Opposition von seiner bisherigen Linie abzubringen, erlebte Lindenberg Anfang Februar 1984 im Gespräch mit einem Emissär des FMLN. Dieser wollte Lindenberg weismachen, der FMLN sei militärisch überlegen. Lindenberg erwiderte: „Der Traum eines militärischen Sieges des FMLN sei eine Illusion.“ Weder die SI noch die SPD seien bereit, diese Strategie des FMLN zu unterstützen.¹⁵⁶

Unumstritten war die neue Haltung zu den Präsidentschaftswahlen in El Salvador innerhalb der Internationale nicht. Ganz im Gegenteil: Die SPD war isoliert, nicht nur unter den europäischen Genossen, sondern auch bei den lateinamerikanischen Mitgliedern. Streitpunkt war die Entsendung von Wahlbeobachtern, worum die Regierung El Salvadors ersucht hatte.¹⁵⁷ Während die SPD – anders als 1982 – auf die Bitte einging, lehnten die Parteien aus Großbritannien, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich und Spanien dies ab. Die ablehnende Haltung teilten Carlos Andrés Pérez (Venezuela), Peña Gómez (Dominikanische Republik) und überraschend auch Oduber aus Costa Rica, also die drei politischen Schwergewichte unter den lateinamerikanischen SI-Mitgliedern, ebenso die Regierung Mexikos und sogar die Liberale Internationale.¹⁵⁸ Der SPD war es wichtiger, nicht in argumentative Schwierigkeiten gegenüber der CDU/CSU und nicht in übermäßigen Streit mit der US-Regierung zu geraten, als der Mehrheits-

¹⁵² AdsD, 1/EBAA000600, Lindenberg, Protokoll Sechserkreis, 26.1.1984.

¹⁵³ Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Stenographischer Bericht, 51. Sitzung, 27.1.1984, S. 3668; dip21.bundestag.de/dip21/btp/10/10051.pdf [17.5.2018].

¹⁵⁴ AdsD, SPD-PV, 11116, Lindenberg an Benzing, 1.2.1984.

¹⁵⁵ AdsD, SPD-PV, 11113, CEDAL San José (Costa Rica) an FES Bonn, 27.1.1984.

¹⁵⁶ Ebenda, Lindenberg an Brandt u. a., 9.2.1984.

¹⁵⁷ Zu dieser Bitte: Ebenda, Dingels an Wischniewski, 6.3.1984.

¹⁵⁸ Ebenda, Lindenberg, Vermerk für Wischniewski u. a., 14.3.1984.

meinung in der SI zu folgen. Innenpolitische Erwägungen siegten über die Solidarität unter Sozialisten. Italiener, Österreicher und andere SI-Mitglieder, die ebenfalls mit einer christdemokratischen Partei konkurrierten, entschieden sich anders. Für sie stand im Vordergrund, die Genossen des MNR nicht im Stich zu lassen.¹⁵⁹

Die hohe Wahlbeteiligung von 79 Prozent in der ersten Runde am 25. März 1984 (bei den Parlamentswahlen 1982 waren es 85 Prozent gewesen) bestätigte die Strategie der SPD, den Urnengang und Duarte Kandidatur ernstzunehmen. Der Christdemokrat, unterstützt von den USA, erhielt 43,4 Prozent der Stimmen, weit mehr als sein Hauptkonkurrent Roberto D'Aubuisson Arrieta von der rechtsradikalen ARENA. Im zweiten Wahlgang am 6. Mai steigerte sich Duarte auf über 53 Prozent und wurde Präsident von El Salvador.¹⁶⁰ Der Boykottaufruf der Opposition hatte erneut nicht verfangen. „Es war schwierig, Leute aufzufordern, eine Wahl zu boykottieren, bei der die Unterschiede zwischen den beiden Hauptkandidaten so groß und bedeutungsschwer waren.“ Noch desaströser für das Ansehen der Opposition waren die Versuche der Guerilla, den Wahlgang zu stören. Damit stellten sie auch Ungo bloß, der zugesagt hatte, der FDR/FMLN werde die Wahlen nicht militärisch bekämpfen.¹⁶¹

Walter Raymond, Jr., Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats der USA, berichtete Anfang April 1984 nach Gesprächen in Bonn, die SPD habe ihre El Salvador-Politik überprüft und korrigiert. SPD und SI akzeptierten die Wahlen in dem Lande (was für die SI nicht zutraf). Die drei Wahlbeobachter der deutschen Sozialdemokraten hätten positiv über den Ablauf berichtet.¹⁶² Und die SPD ging noch weiter. Ihr Vorsitzender veröffentlichte in seiner Funktion als SI-Präsident am 10. April, zwischen erstem und zweitem Wahlgang, zusammen mit seinen Amtskollegen von der Liberalen und der Christdemokratischen Internationale¹⁶³ eine Erklärung zu Lateinamerika, in der sie für „einen offenen und konstruktiven Dialog zwischen allen demokratischen Kräften“ in El Salvador plädierten.¹⁶⁴ Wichtiger als der Wortlaut war die Tatsache einer gemeinsamen Deklaration von Christ- und Sozialdemokraten in einer Situation, in der der Christdemokrat Duarte kurz vor dem Sieg bei den Wahlen stand, die El Salvadors Sozialdemokraten boykottierten und die von deren Verbündeten in der FMLN mit Waffengewalt gestört wurden.

¹⁵⁹ Bruno Kreisky Archiv, IX.27, SI, 50, Peter Jankowitsch, Information für Fred Sinowatz, 12.3.1984.

¹⁶⁰ Vgl. Álvaro Artiga González, *Competitividad y participación electoral en El Salvador, 1982–1999*, in: *Revista de Ciencias Sociales y Humanidades* 69 (1999), S. 275–290, und LeoGrande, *Backyard*, S. 248 f.

¹⁶¹ Ebenda, S. 252.

¹⁶² RRL, Collection, Walter Raymond Files, 71, *Socialist International #1* (1), 91161, Memorandum of Conversation, Meetings on Central America with European Socialists, 4.–6.4.1984.

¹⁶³ Seit 1982 der neue Name der bisherigen Christlich Demokratischen Weltunion.

¹⁶⁴ Zit. nach Gemeinsame Erklärung der Präsidenten der Christlich – Demokratischen Internationale, der Liberalen Internationale und der Sozialistischen Internationale zu Lateinamerika, 10.4.1984, in: BA, Bd. 8, Dok. 74, S. 374–377, hier S. 375.

Den französischen Sozialisten ging dies zu weit; für sie war es nur ein Konsensus zwischen den Präsidenten, der aber keine Richtlinie für die SI darstelle.¹⁶⁵

Bald schlossen sich andere SI-Mitglieder der SPD-Position an. Nach Duartes Sieg im zweiten Wahlgang am 6. Mai 1984 sandten Brandt und seine drei Vizepräsidenten Felipe González, Carlos Andrés Pérez und José Francisco Peña Gómez ein Glückwunschtelegramm.¹⁶⁶ Diese vier für die Zentralamerika-Politik der SI wichtigsten Repräsentanten gratulierten Duarte zu seinem Erfolg, der hoffentlich den Weg zu einer Lösung des Konflikts durch Verhandlungen öffne. Keine der beiden Seiten habe die Chance, kurzfristig militärisch zu siegen. Aber es sei auch eine illusorische Forderung, dass eine der beiden Seiten einseitig die Waffen niederlege. Es sei ein „Sieg demokratischer Positionen“, aber eine Mehrheit des Volks habe er nicht hinter sich, denn „wichtige Bereiche der Linken“ hätten nicht teilgenommen. „Sie werden als demokratischer und fortschrittlicher Politiker geschätzt und sind als solcher gegen gewaltsame Lösungen.“ Daher ermuntere man ihn, „einen Dialog mit offener Tagesordnung zu beginnen“. Die Unterzeichner boten ihre Mithilfe an. Die gemeinsame Erklärung der drei Internationalen vom 10. April sei dafür „ein gutes Vorzeichen“.

Das *State Department* bewertete das Dokument als „großen Durchbruch“ und übermittelte es an zahlreiche US-Botschaften, meist in Europa. SI-Generalsekretär Pentti Väänänen sah in einem Gespräch in der Londoner US-Vertretung nun die Vereinigten Staaten gefordert. Innerhalb des Washingtoner Außenministeriums wurde in der Tat erörtert, welche Schritte man ergreifen könne. Generell solle die Zusammenarbeit mit der europäischen demokratischen Linken gestärkt werden.¹⁶⁷

Eine Woche nach dem Glückwunschtelegramm traf sich ein FES-Vertreter in Managua mit der Führung des MNR. Klar teilte er Ungo und Oquelí mit, die FES und ihre Bildungsstätte CEDAL in Costa Rica könnten „nur noch Maßnahmen unterstützen, die auf eine Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte in El Salvador gerichtet seien“. Man begrüße alles, was auf einen Dialog von MNR und Duartes Christdemokraten abziele. Formell war es zwar nur eine Aufforderung der Ebert-Stiftung, aber der MNR musste davon ausgehen, dass die SPD dies mittrug. Den Genossen aus El Salvador ging das zu schnell: Ohne Konsultation der Mitglieder sei ein solcher Schwenk nicht möglich. Für die FES war die Frage so wichtig, dass sie in Aussicht stellte, innerhalb Lateinamerikas die Flugkosten für eine Zusammenkunft von MNR-Mitgliedern zu übernehmen. Und für den Fall eines Dialogs mit den Christdemokraten solle auch geprüft werden, ob der MNR wieder direkt Mittel von der FES erhalten könne.¹⁶⁸

¹⁶⁵ AdsD, FES-Hausakten, 23854, Dingels, 8.5.1984.

¹⁶⁶ Vgl. Botschaft des Präsidenten der SI, Brandt, und der Vizepräsidenten der SI González, Pérez und Peña Gomez an den Präsidenten El Salvadors, Duarte, 16.5.1984, in: BA, Bd. 8, Dok. 75, S. 377-379.

¹⁶⁷ RRL, Collection, Walter Raymond Files, 71, Socialist International (2), 91161, National Security Council, Walter Raymond, Jr., to Robert C. McFarlane, 1.6.1984. Vgl. auch Turcios, Guillermo Manuel Ungo, S. 53.

¹⁶⁸ AdsD, FES-Hausakten, 23758, FES, Kerbusch, Vermerk für Grunwald u. a., 29.5.1984.

Als Präsident Duarte im Juli 1984 Europa besuchte, war die SPD-Führung – entsprechend ihrer neuen Haltung – zu einem Treffen bereit, das Ehmke übernahm. Duarte plädierte für ein Zusammenführen der gemäßigten Kräfte beider Lager: „Die politische Rechte des Landes wolle nicht auf ihre alten Privilegien verzichten, während die extreme Linke darauf fixiert sei, mit der Radikalität der Waffen die sozialen Probleme des Landes über Nacht lösen zu wollen.“ Leider, so Duarte weiter, nähmen Teile der europäischen Sozialdemokratie „einseitig Partei für die extreme Linke“. Ehmke erwiderte, Ungo sei zum Gespräch mit dem Präsidenten bereit. Die Kräfte in der Region müssten Lösungen selbst finden, die dann von den Europäern unterstützt werden sollten.¹⁶⁹ Tatsächlich aber versuchten die deutschen Sozialdemokraten und auch die anderer Länder durchaus, die von ihnen als angemessen erachteten Strategien durchzusetzen. Das Gespräch der FES mit der MNR-Führung im Mai 1984 ist nur ein Beispiel von mehreren. Auf die Rolle interessierter, aber neutraler Beobachter wollten sich Europas Sozialdemokraten nicht beschränken.

Im Zusammenhang mit der Entführung der Tochter von Staatspräsident Duarte durch die linke Guerilla im September 1985 kam es noch einmal dazu, dass sich die SPD mit Nachdruck in El Salvador engagierte. Auf das Ansehen der Befreiungsbewegung in Westeuropa wirkte sich die Tat katastrophal aus, wie ein SPD-Emissär dem FDR/FMLN vorhielt. Die bundesdeutschen Sozialdemokraten fürchteten, sie könnten innenpolitisch Schaden nehmen, auch wenn die Entführer nicht mit dem MNR in Verbindung standen. Dass der MNR nicht nur an der Entführung unbeteiligt war, sondern davon überhaupt nichts gewusst hatte, gereichte Ungo und seiner Partei nicht zum Vorteil. Einmal mehr wurde klar, wie schwach ihr Einfluss auf die Guerilla war. Daher kam die sowohl von Bundeskanzler Kohl als auch von Kubas Staatschef Castro an Wischnewski ausgesprochene Bitte, er möge zwischen Entführern und Regierung vermitteln, der SPD sehr gelegen. Wie kein zweiter Außenstehender kannte Wischnewski aufgrund seiner zahlreichen Reisen nach Mittelamerika die Akteure und konnte, wie der *Spiegel* schrieb, „mit beiden Seiten Tacheles reden“. Wischnewski gelang es denn auch im Verbund mit anderen im Oktober, die Freilassung der Duarte-Tochter zu erreichen.¹⁷⁰

XIII. Logik des Kalten Kriegs versus Logik der sozialen Demokratie

In den folgenden Jahren vergrößerte sich allmählich der Spielraum für die zivile Opposition im Lande. Ende November 1987 kehrte die MNR-Führung nach El Salvador zurück, begleitet von der aus Nicaragua stammenden Schauspielerinnen Bianca Jagger, Hans-Jürgen Wischnewski als persönlichem Vertreter Brandts und

¹⁶⁹ AdsD, 1/HEAA000441, Dingels, Vermerk, 23.7.1984. Vgl. auch Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Peckert, 30.7.1984, in: AAPD 1984, Bd. 2, Dok. 210.

¹⁷⁰ Zur Entführung und zu Wischnewskis Vermittlung vgl. Spiegel vom 4.11.1985: „Null-null-sieben“, und LeoGrande, Backyard, S. 271 f. Auch in: AdsD, FES-Hausakten, 23758, FES Nicaragua an FES Bonn, 19.9.1985, und NL Wischnewski, 516, Weege, Gesprächsaufzeichnung, 27.9.1985.

weiteren ausländischen Politikern.¹⁷¹ Sie alle sollten für die ersten Stunden unmittelbare Sicherheit gewährleisten und signalisieren, dass die internationale Öffentlichkeit auch längerfristig das Schicksal der Rückkehrer beobachten würde. Die Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der FMLN kamen aber kaum voran. Im November 1989, wenige Tage nach dem Fall der Mauer in Berlin, kam es zu den schwersten militärischen Auseinandersetzungen überhaupt. Es dauerte noch bis Ende September 1991, bis Regierung und FMLN in New York ein unter Vermittlung des UN-Generalsekretärs ausgehandeltes Rahmenabkommen über den Weg zum Frieden unterzeichneten. Die SPD wies in einer Pressemitteilung auf die „herausragende Rolle“ hin, die Wischniewski seit Langem „als Vermittler zwischen den Konfliktparteien“ gespielt habe.¹⁷² Am 16. Januar 1992 unterzeichneten El Salvadors Präsident Alfredo Cristiani Burkard und die Kommandeure des FMLN in Mexiko den Friedensvertrag. Der Bürgerkrieg hatte etwa 70.000 Tote gefordert. Die Verantwortung dafür war durchaus nicht gleichmäßig auf beide Seiten verteilt: „Eine von den UN eingesetzte Kommission zur Aufklärung der im Bürgerkrieg begangenen Kriegsverbrechen kam zu dem Ergebnis, dass rund 95 Prozent der 22.000 untersuchten Untaten vom Militär, von der Sonderpolizei sowie von rechten Todesschwadronen verübt worden waren.“¹⁷³ Ab dem 1. Februar 1992 schwiegen in El Salvador die Waffen – jedenfalls die der Armee und der Guerilla.

Die enge Verbindung, welche die SPD ab Ende der 1970er Jahre mit dem kleinen MNR El Salvadors einging, führte die deutschen Sozialdemokraten in mehrfacher Hinsicht auf bisher unbekanntes Terrain. Die Partei, die zu Hause schon lange von der Forderung nach einer radikalen Veränderung der Gesellschaft abgerückt war, stand nun dort (und in Nicaragua) an der Seite von Kräften, die mangels anderer Möglichkeiten mit Waffengewalt eine neue soziale und politische Ordnung etablieren wollten. Auch Marxisten-Leninisten gehörten dazu, dominierten das revolutionäre Bündnis sogar. Neu war ebenfalls die klare Frontstellung der SPD gegen die Politik der USA, des Hauptverbündeten im nordatlantischen Bündnis, auch wenn dies nur eine entfernte Region betraf, die bisher außerhalb des Fokus der deutschen Öffentlichkeit gestanden hatte. Schließlich war neu, dass die Sozialdemokraten für Entwicklungen in einer ganz anderen Weltengegend eine Zuständigkeit beanspruchten und sich die Mitverantwortung für die weitere Entwicklung aufbürdeten. Möglich war dies nur in der damaligen internationalen Konstellation, die gekennzeichnet war durch eine geschwächte westliche Führungsmacht, eine selbstbewusste westeuropäische Sozialdemokratie, die ihre überschießende Kraft in die globale Politik einbringen wollte, und durch das Streben lateinamerikanischer Länder nach einer eigenständigen Rolle

¹⁷¹ FJJ, 634 RI, 1, Marie Duflo, Note à Louis Le Pensec, 16.11.1987, und 3, Lista de acompañantes para la delegación del MNR.

¹⁷² SPD Pressemitteilung 406/91, 27.9.1991; library.fes.de/cgi-bin/digibert.l?id=022213&dok=44/022213 [13.6.2018].

¹⁷³ AdG, 37655, 14.3.1993. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.1.2017: „25 Jahre und kein Frieden“.

auf der internationalen Bühne, unabhängig von den Vereinigten Staaten, aber auch von der Sowjetunion.

Die innenpolitische Dynamik in El Salvador erzeugte eine Situation, die die SPD vor eine unerwartete Herausforderung stellte: Die Verbündeten ihrer dortigen Genossen kämpften mit der Waffe in der Hand gegen die Parteifreunde der CDU/CSU. Dies gab es nirgendwo sonst auf der Welt. Innenpolitische Rückwirkungen hatte auch der Dissens zwischen der SPD und den USA. Hier trafen unterschiedliche politische Logiken aufeinander, auch wenn beiden Seiten gemeinsam war, dass es ihnen um die Sicherheit des Westens ging. Strittig war, wie man dieses Ziel erreichen könnte. In den Quellen wird deutlich, dass sowohl die USA als auch die Europäer die jeweils andere Seite als ideologisch zu verblendet empfanden, um die Vorzüge der je eigenen Strategie zu erkennen. Tatsächlich kann man auf beiden Seiten aber rationales Handeln erkennen, nur waren die zugrunde liegenden Rationalitäten zu großen Teilen unvereinbar. Auf der einen Seite stand die Logik des Kalten Kriegs, die am klarsten von der Regierung Reagan vertreten wurde, aber schon im letzten Jahr der Carter-Administration Formen angenommen hatte.¹⁷⁴ Sie lässt sich für Lateinamerika so zusammenfassen:

- Konflikte zwischen Regierungen, die mit den USA verbündet sind, und linken Oppositionsbewegungen werden auf kommunistische Einwirkung von außen zurückgeführt und sind Teil des Ost-West-Konflikts,
- Militärputsche von rechts zur Verhinderung linker Regierungen werden toleriert,
- und linke Befreiungsbewegungen werden bekämpft, weil sie
- entweder schon kommunistisch dominiert sind oder die Gefahr besteht, dass sie künftig von Kommunisten übernommen werden, oder
- die Macht der traditionellen Verbündeten in der Oligarchie in Frage stellen.

In den 1960er Jahren teilten die europäische Sozialdemokratie und die lateinamerikanischen Reformkräfte die Logik des Kalten Kriegs, mit Ausnahme der Tolerierung rechter Militärputsche. Der venezolanische Sozialdemokrat Carlos Andrés Pérez zum Beispiel hatte sich damals im Kampf gegen die castristische Guerilla und bei der diplomatischen Isolierung Kubas hervorgetan. Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre änderte sich unter dem Eindruck von Vietnam und Portugal, aber auch im Rückblick auf die kubanische Entwicklung ab 1959 die Strategie der europäischen Sozialdemokraten. Gegenüber der Dritten Welt gingen sie zu einem neuen Ansatz über, der Logik der sozialen Demokratie genannt werden kann. Für Lateinamerika lässt sie sich so beschreiben:

- Konflikte resultieren aus innergesellschaftlichen Gegensätzen; Vorrang hat daher der Kampf gegen die enorme soziale Ungleichheit,
- Kommunisten haben nur dann eine Chance, die Hegemonie in Befreiungsbewegungen zu erringen, wenn der Westen diese im Stich lässt oder gar bekämpft,
- die innergesellschaftliche Rolle des Militärs muss auf die Verteidigung der Außengrenzen zurückgeführt werden, die Polizei hat dem Gemeinwohl zu dienen, nicht der Oligarchie (Ablehnung des Sicherheitsstaats),

¹⁷⁴ Vgl. Grabendorff, *Perceptions*, in: Ders./Krumwiede/Todt (Hrsg.), *Political Change*, S. 292.

- stattdessen muss die Macht des Staats in sozio-ökonomischen Angelegenheiten gestärkt werden, um althergebrachte Interessen überwinden zu können (Etablierung eines Sozialstaats), und
- ein Elitenwechsel ist erforderlich, die unteren Schichten müssen an der Macht beteiligt werden.¹⁷⁵

In El Salvador standen diese beiden Logiken gegeneinander. Deutschlands Sozialdemokraten suchten nach einem Weg, nicht des Antiamerikanismus geziehen zu werden. In keinem westeuropäischen Land war dieser Vorwurf für Politiker so gefährlich wie in der Bundesrepublik. Um dem zu entgehen, schwächte die SPD ihre anfänglich sehr weitgehende Solidarität mit den Genossen aus El Salvador ab. Der Konflikt wirkte auch auf die sicherheitspolitische Debatte im NATO-Bündnis. „El Salvador wurde ein symbolisches Thema innerhalb der NATO, das die Sozialdemokraten als Beweis für Reagans gefährlichen Konfrontationsansatz in den internationalen Beziehungen aufgriffen. Als solches stärkte es die Position jener, die gegen die Kooperation mit Washington in Fragen wie der Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen waren.“¹⁷⁶ Dieser Zusammenhang galt auch in umgekehrter Richtung: Direkt nach Amtsantritt erklärte Reagan, „dass es keine Rüstungskontrollverhandlungen und kein Gipfeltreffen mit dem sowjetischen Präsidenten Leonid Breschnew geben konnte, wenn nicht die sowjetische ‚Invasion‘ von El Salvador beendet würde“.¹⁷⁷

Der Konflikt in seinen verschiedenen Ausprägungen – Befreiungsbewegungen versus Regierung in El Salvador, Sozialdemokraten versus US-Regierung, Sozialdemokraten versus Christdemokraten – verschwand erst nach der Beendigung des Kalten Kriegs. Denn so sehr am Anfang innergesellschaftliche Gründe gestanden hatten und diese bis zum Ende wirksam blieben, war der Bürgerkrieg in El Salvador in den 1980er Jahren auch Teil des Kalten Kriegs geworden. Für das zentral-amerikanische Land bedeutete der Friedensschluss aber nicht das Ende der Gewalt. Immer stärker machte sich in den 1990er Jahren die Logik des Kriegs gegen die Drogen bemerkbar. Ihr war bereits die US-Intervention in Panama Ende 1989 geschuldet gewesen. Anfang der 1990er wiesen die USA jugendliche Drogenhändler und Kleinkriminelle aus, deren Familien vor dem Bürgerkrieg in El Salvador geflohen waren. Was Teil des *War on Drugs* sein sollte, bedeutete für die „Heimat“ der Deportierten den Beginn eines neuen „Bürgerkriegs“, in dem die Drogenbanden der Mara Salvatrucha das Land wieder in ein Inferno von Gewalt stürzten.¹⁷⁸

¹⁷⁵ Ähnlich argumentiert Wolf Grabendorff, Mittelamerika als internationale Krisenregion, in: Europa-Archiv 37 (1982), S. 247-258, hier S. 255, und ders., The Internationalization of the Central American Crisis, in: Ders./Krumwiede/Todt (Hrsg.), Political Change, S. 155-171, hier S. 167.

¹⁷⁶ LeoGrande, Backyard, S. 99.

¹⁷⁷ Zit. nach ebenda. Die Rede ist datiert vom 24.2.1981. Den Begriff „invasion“ verwendete Reagan nicht, er sprach davon, die Sowjetunion sei in El Salvador „involved“; vgl. www.reaganlibrary.gov/research/speeches/22481a [14.8.2018].

¹⁷⁸ Vgl. Peter Peetz, Zentralamerikas Jugendbanden. „Maras“ in Honduras, El Salvador und Guatemala, Hamburg 2004.